№ 33.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 4. November 1908.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Bömers, H. F. E.
Brauns, Joh. Heinr. Carl.
Dubbers, Aug.
Franke, J. Aug.
Freese, Jac. Carl Heinr.
Haas, Wm. jun.
Heye, B. C.
Hiddessen, C.
Hormann, H.
Kämena, H.
Klüver, Hinr.
Krome, F.
Krug, E. E.
Lustfeld, M. L.
Meyer, Paul.
Nebelthau, Aug. G.
Pappiér, Fr.
v. Pustau, Dr. jur.
Reck, Fr. jun.
Rohr, Fr.
Schröder, Friedr. C.
Tebelmann, C. A. L.
Uhlenhoff, W.
Vagt, L.
Wobbe, A. F.

Nicht entschuldigt waren folgende Herren:

Danziger, Dr. jur.
Hartmann, H.
Meyer, Herm.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite
I. Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 1908:		
4. Veröffentlichung der Wareneinfuhrlisten		594
5. Sprinkleranlagen an den Häfen I und II des hiesigen Zollausschlußgebiets, sowie Druckwasseranlage am Holz- und Fabrikenhafen		595
6. Fähre in den Häfen zu Bremerhaven. (Dazu Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 1908)		596
7. Tonnen- und Bakenamt		600
II. Ergänzung:		
a. der Budgetkommission		600
b. der Kommission wegen des Bischofstores		600
c. des Bürgeramts	durch Klasse 4	600
d. der Zentralquartierdeputation	durch Klasse 4	600
e. der Wahldeputation	durch Klasse 4	600
f. der Deputation für die Unterweserkorrektion	durch Klasse 4	600
III. Antrag, betreffend Vergebung von Staatsarbeiten		602
IV. Antrag, betreffend Besteuerung des Gewinns beim Verkauf von Grundstücken. (Sten. Ber. S. 576)		613
V. Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 1908:		
2. Neubau des Kanals in der Industriestraße		610
VI. Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 1908:		
1. Anstellung eines dritten Syndikus der Handelskammer		610
2. Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907		611
3. Ankauf von zwei Grundstücken am Peterswerder		611
4. Neubau einer Volksschule in der westlichen Vorstadt an der Nordstraße		609
5. Ankauf des Grundstücks Häfen Nr. 63		611
6. St. Paulischule		611
VII. Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 1908:		
4. Gewerbliche Schulen.	(N. z. Verh. gek.)	
5. Erweiterungsbau der Schweineschlachthalle auf dem Schlachthof		610
6. Verkauf eines Landstreifens am Holz- und Fabrikenhafen		612
7. Realschule in der Neustadt		612
8. Jahresbericht der Deputation für die Unterweserkorrektion für 1907		612
9. Jahresberichte in betreff des Schulwesens		612
VIII. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. (Sten. Ber. S. 367.)	(N. z. Verh. gek.)	
IX. Mitteilung des Senats vom 5. August 1908:		
2. Aenderung des Gesetzes vom 12. Juli 1904, betreffend Polizeigebühren.	(N. z. Verh. gek.)	
X. Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 1908:		
1. Durchführung der Regulierung der Kleinen Allee.		
2. Staffelbauordnung.	(N. z. Verh. gek.)	

Verhandelt Seite

3. Ausbildungskurse für Lehrer im Knabenturnen.
4. Inspektor der Staatsländereien.
5. Neubau einer unentgeltlichen Volksschule in der Vorstadt Hastedt.
6. Regulierung der Straße Beim Ohlenhof und der Gröpelinger Chaussee. (N. z. Verh. gek.)

XI. Mitteilung des Senats vom 30. Oktober 1908:
1. Regulierung der Baulinien.
2. Verkauf eines Ganges an der Bilsestraße. (N. z. Verh. gek.)

Verhandelt Seite

XII. Mitteilung des Senats vom 6. Oktober 1908:
3. Erweiterung des Gaswerks 601

XIII. Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1908:
3. Abänderung des Gesetzes den Senat betreffend. (N. z. Verh. gek.)

XIV. Antrag, betreffend Wohnungsinspektion. (Sten. Ber. 1907 S. 247). (N. z. Verh. gek.)

Herr H. A. Nolze präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 18 Minuten.

Präsident: Gegen das Hauptprotokoll der letzten Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben, es ist somit genehmigt.

Eingegangen ist die Mitteilung des Senats vom 17. Oktober, daß er für die Verhandlungen der Bürgerschaft, betreffend Gewerbliche Schulen, Herrn Senator Dr. Oelrichs zu seinem Kommissar bestellt und demselben Herrn Direktor Koop beigeordnet hat; ferner eine Mitteilung vom 3. November, daß er für die Verhandlungen, betreffend Erweiterung des Gaswerks, Herrn Senator Dr. Kirchhoff zu seinem Kommissar bestellt und demselben Herrn Direktor Schütte beigeordnet hat, sowie ferner für die Verhandlungen, betreffend Staffelbauordnung, die Herren Senator Hildebrand und Senator Dr. Dreyer zu seinen Kommissaren bestellt hat.

Weiter ist eingegangen eine Mitteilung des Senats vom 4. November: 1. Erteilung des Anspruches auf Witwen- und Waisengelder an die Hinterbliebenen der Syndiker der Handelskammer, 2. Schadenersatzanspruch von Georg L. Becker.

Ferner habe ich der Bürgerschaft mitzuteilen, daß Herr Joh. Ordemann am 27. Oktober seinen Austritt aus der Bürgerschaft erklärt hat aus gesundheitlichen Rücksichten und wegen vorübergehenden Wegzugs von Bremen. Ferner hat Herr Wilhelm Bartels am gestrigen Tage seinen Austritt angezeigt.

Ferner ist von Herrn G. Kunoth und einer Anzahl anderer Herren folgender Antrag eingegangen:

> Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation, die Deputation für das Gesundheitswesen und den Gesundheitsrat mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob sich die Einführung der Zahnpflege in den bremischen Volksschulen nach dem Vorbilde einer Reihe anderer Städte empfiehlt, eventuell im Zusammenhang mit der schon vorhandenen schulärztlichen Aufsicht.

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 1908:

4. Veröffentlichung der Wareneinfuhrlisten.

Herr Cramer: Herr Präsident! Als Rechnungsführer der Steuerdeputation würde ich die Vorlage hier zu vertreten haben, da sie aber während meiner Abwesenheit von Bremen entstanden ist und ich mit der Vorlage nicht in allen Teilen einverstanden bin, möchte ich hier erklären, daß ich die Vorlage nicht vertrete. Ich werde mich in der Sache der Abstimmung enthalten.

Herr Bruns: Ich glaube annehmen zu müssen, daß bei der Abfassung des Vertrages mit der Bremer Zeitungsgesellschaft und bei der Veränderung in der Herstellung der Wareneinfuhrlisten seitens der Steuerdeputation ein Irrtum vorgekommen ist. Ich kann mir nicht denken, daß sich die Herren damit einverstanden erklären werden, daß der Buchdrucker, der im Auftrage des Staates zirka 50 Jahre die Arbeiten ausgeführt hat, so sans façon beiseite geschoben wird. Der bisherige Drucker ist überhaupt nicht gefragt, ob er bereit sein würde, eventuell unter ähnlichen Bedingungen wie der neue Lieferant, die Einfuhrlisten herzustellen, erst im letzten Augenblick, bei der Kündigung des Vertrages hat er davon Mitteilung erhalten, da ist ihm eröffnet worden, daß in Zukunft die Sachen nicht von ihm hergestellt werden sollten. Ich möchte bitten, folgenden Antrag, der für sich selbst spricht, anzunehmen:

> Die Bürgerschaft verweist den Antrag, betr. Einfuhrlisten, an die Steuerdeputation zurück und ersucht den Senat, zu veranlassen, daß zuvor mit dem bisherigen Drucker, welcher zirka 50 Jahre lang die Herstellung der Einfuhrlisten ausgeführt hat, darüber verhandelt wird, ob derselbe die Arbeit unter gleich günstigen Bedingungen, wie diejenigen der Vorlage, fortführen will.

Das sind wir dem bisherigen Lieferanten, der die Arbeit immer zur Zufriedenheit ausgeführt hat, schuldig. (Sehr richtig!)

Herr Struckmann: Herr Präsident! Die Schärfe, die Herr Bruns in seinem Antrage zur Ausführung gelangen ließ, ist durch die Sache nicht begründet. Die Sache liegt so, daß Herr Hauschild seit langen Jahren diese Sachen für die Steuerdeputation gemacht hat, daß aber, nachdem die Sache so zurückgegangen war, daß zuletzt ein Defizit von 61 ℳ entstand, beschlossen wurde, die Sache überhaupt aufzugeben. Man sollte meinen, das müßte auch der frühere Drucker Hauschild gewußt haben, und er hätte sich dann, wenn er der Meinung war, daß er das Risiko wie die neue Gesellschaft, die sich jetzt zum Druck erboten hat, tragen und die Sache machen wollte, melden können. Nun ist die Sache so, daß sich ein anderer gemeldet hat, der die Sache aus freien Stücken machen will ohne weitere Kosten für den Staat und auch noch die Zusammenstellung der Einfuhrlisten übernehmen will, was dem Staat bisher zirka 1600 ℳ gekostet hat. So meine ich, ist die Situation doch nicht einfach so, daß man einem die Arbeit wegnimmt und einem anderen gibt, sondern es haben sich die Verhältnisse vollständig geändert. Ich halte es nicht für eine Notwendigkeit, daß dieser weite Weg gemacht und der Senat ersucht wird, die Steuerdeputation zu befragen. Wenn man weiß, wie die Sache liegt, muß man den Vorschlag der Steuerdeputation annehmen. Ich habe gestern ebenfalls auf dem Standpunkt des Herrn Bruns gestanden, weil mir die Sache gestern nicht klar war; nachdem mir aber die Details vorgeführt und ich mich näher erkundigt habe, bin ich entgegengesetzter Meinung geworden. Es ist richtiger, daß die Sache so gehandhabt wird, wie die Steuerdeputation vorschlägt. Wenn die Handelskammer das andere für notwendig gehalten hätte, hätte sie es der Steuerdeputation empfehlen können. Ich glaube, die Bürgerschaft kann den Antrag der Steuerdeputation ruhig annehmen.

Herr Kruse verzichtet aufs Wort.

Herr Dr. Apelt verzichtet aufs Wort.

Herr Bruns: Herr Struckmann hat mit beredten Worten geschildert, wie die Sache liegt; er hat nur vergessen, zu erwähnen, daß für die Zeitungsgesellschaft ein Verdienst darin zu erwarten ist, daß sie die Berechtigung haben soll, hinter den amtlichen Zahlen Annonzen aufzunehmen, darin liegt für sie das Geschäft. Jedenfalls wäre der bisherige Drucker mit dieser Berechtigung auch einverstanden, solchen Vertrag einzugehen.

Herr Schütte: Ich beantrage,
den Beschluß über diesen Gegenstand für heute auszusetzen,
aus dem Grunde, daß das nächstemal ein Mitglied der Steuerdeputation hier ist, das in der Lage ist, uns die nötigen Aufklärungen zu geben. Herr Struckmann ist kein Mitglied der Steuerdeputation. Ich stelle den Antrag. Es müßte doch mindestens ein Mitglied der Steuerdeputation da sein, das uns klaren Wein einschenkt.

Der Antrag auf Aussetzung wird genügend unterstützt und angenommen.

5. Sprinkleranlagen an den Häfen I und II des hiesigen Zollausschlußgebiets, sowie Druckwasseranlage am Holz- und Fabrikenhafen.

Herr Dr. Quidde: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Herr Addicks: Herr Präsident! Meine Herren! Dem Bericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen und dem ausführlichen Begleitbericht des Herrn Baurat Suling habe ich wenig hinzuzufügen. Die Feuersicherheit der großen Schuppen in den Häfen I und II wird durch den Einbau der Sprinkleranlagen sehr gesteigert, und haben sich außer der Deputation für Häfen und Eisenbahnen auch die Handelskammer, die Baumwollbörse, die Löschdeputation und die Leitung der Feuerwehr für diese Anlagen ausgesprochen. Ich bitte Sie, auch Ihrerseits dem Antrage zustimmen zu wollen, ebenso dem Gesetzentwurf.

Herr Kruse: Herr Präsident! Meine Herren! An der Notwendigkeit, für eine größere Feuersicherheit in den Häfen zu sorgen, kann nicht gezweifelt werden, und es ist wohl zu verstehen, daß etwas gemacht werden muß. Ich will also nicht gegen den Bau sprechen. Aber eins ist mir unverständlich, daß, wenn die Sprinkleranlagen hergestellt werden, die Lagerhausgesellschaft nicht die ganze Verzinsung übernehmen soll. Die Lagerhausgesellschaft soll nur die Unterhaltung und Verzinsung der eigentlichen Brauseanlage zu tragen haben, die Anlagen in den Schuppen selbst, dagegen die weiteren Anlagen, die Druckleitungen und die Pumpstation sollen davon ausgeschlossen werden, die sollen vom Staate übernommen werden. Ich meine doch, wenn diese Anlagen ausgeführt werden, wenn solche Aufwendungen für den Baumwollhandel gemacht werden, so ist anzunehmen, daß das Ballengewicht sich im Laufe der Jahre fortwährend so weiter entwickelt, wie es bis jetzt getan hat, es kommen immer größere Summen heraus, als jetzt in Rechnung gestellt werden, und außerdem ist die Möglichkeit gegeben, daß ein Gewinn daraus erzielt wird, daß die Feuerversicherung niedrigere Prämien ansetzt. Deshalb glaube ich, daß es richtiger wäre, daß die Lagerhausgesellschaft die ganzen Anlagen verzinste.

Präsident: Stellen Sie einen Antrag?

Herr Kruse: Nein.

Antrag 1 der Deputation wird angenommen.

Antrag 2 der Deputation (Gesetzentwurf) wird angenommen.

6. Fähre in den Häfen zu Bremerhaven.

(Dazu Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 1908.)

Herr Dr. Quidde: In § 11 des Vertrages findet sich der Satz:

> Für kleines Handgepäck ist nichts zu entrichten.

Die Juristische Kommission fühlt sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß aus dieser Bestimmung Meinungsverschiedenheiten entstehen können. — Sodann ist in § 14 gesagt:

> Die Unternehmerin hat auf Erfordern der Deputation eine ausreichende Sicherheit zu stellen.

Die Juristische Kommission nimmt an, daß damit eine Sicherheit gemeint ist, die die Deputation für ausreichend hält; ausdrücklich gesagt ist dies nicht. Die Juristische Kommission hat aber deswegen keine Veranlassung, den Vertrag zu beanstanden.

Herr Addicks: Herr Präsident! Die Ausführungen des Herrn Dr. Quidde habe ich leider nicht verstanden. Der erste Teil bezog sich auf § 11 — — —

Präsident: In § 11 ist gesagt: „Für kleines Handgepäck ist nichts zu entrichten." Die Juristische Kommission meint, daß das nicht präzise genug ausgedrückt sei.

Herr Addicks: Nun, das ist doch ziemlich präzise, ich glaube, das wird jeder verstehen.

Präsident: Dann § 14 Absatz 2: „Die Unternehmerin hat auf Erfordern der Deputation eine ausreichende Sicherheit zu stellen." Damit ist doch wohl gemeint, eine Sicherheit, die die Deputation für ausreichend hält?

Herr Addicks: Ja. Meine Herren! Die Vorlage entspricht einem Wunsche der Bremerhavener Einwohnerschaft und vor allem der am Hafen beschäftigten Arbeiter. Die Herren werden bei ihrer jüngsten Anwesenheit in Bremerhaven sich davon überzeugt haben, daß die jetzigen Fährverhältnisse nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen, zumal die Entfernungen immer größer werden. Die Deputation ist jedoch der Meinung, daß bei Annahme der heutigen Vorlage einem wachsenden Verkehr auf längere Zeit hinaus Rechnung getragen wird, und bitte ich Sie, von diesem Gesichtspunkte aus dem Antrage der Deputation zustimmen zu wollen.

Herr Pieck: Herr Präsident! Meine Herren! Aus dem Bericht geht hervor, daß die Errichtung und der Ausbau der Fähre im allgemeinen öffentlichen Interesse liegt, daß der Staat selbst die Veranlassung zu dem Ausbau der Fähre gegeben hat, indem durch den Bau der Kaiserhäfen II und III der von Nordwesten kommende Fußgänger- und Straßenbahnverkehr nach der Lloydhalle mit Umgebung und zur großen Kaiserschleuse abgeschnitten ist. Nach dieser Ausführung sollte man annehmen, daß nichts näher liege, als daß der Staat auch verpflichtet sei, diesem Mangel abzuhelfen und Einrichtungen zu schaffen, die das Verkehrsbedürfnis erfordert. Meine Herren! Genau so, wie der Staat verpflichtet ist, Brücken zu bauen, wo es der Verkehr erfordert, und die unentgeltliche Benutzung dieser Brücken durch das Publikum zu gestatten, so ist auch der Staat im vorliegenden Falle verpflichtet, für einen ausreichenden Fährbetrieb zu sorgen, ohne für die Benutzung der Fähre ein Entgelt zu erheben. Daß eine solche Pflicht vorliegt, wird doch auch vom Staat zugegeben, z. B. durch die Errichtung der Fähre bei Woltmershausen, ebenfalls ist dort die Benutzung unentgeltlich. Warum uns also hier ein Vorschlag unterbreitet wird, nach dem der Staat sich dieser Verpflichtung entzieht, ist mir unbegreiflich. Der bremische Staat hat Millionen für die Anlegung und die Erweiterung der Häfen in Bremerhaven ausgegeben und wird auch in Zukunft noch Millionen dafür aufzuwenden haben, da sollte billigerweise der Staat den Fährbetrieb im Hafen nicht einer Privatgesellschaft zur Ausbeutung übertragen. Er sollte es schon aus dem Grunde nicht tun, damit nicht den in den Häfen beschäftigten Arbeitern durch die Notwendigkeit, die Fähre zu benutzen, ihr Lohn durch das Fährgeld geschmälert wird. Denn wenn sie jahraus, jahrein die Fähre benutzen und dafür ein Entgelt zu zahlen haben, so kommt eine Summe heraus, die sich auf 35 bis 40 *M.* im Jahre beläuft. Ich bin nicht der Meinung wie Herr Addicks, daß die Vorlage im Interesse der Bremerhavener Arbeiterschaft liege, mir ist im Gegenteil berichtet worden, daß die Bremerhavener Arbeiter dringend wünschen, daß der Fährbetrieb in unentgeltlicher Weise vom Staate geschehe. Ich unterbreite Ihnen daher folgenden Antrag:

> Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob sich nicht die staatliche Errichtung einer unentgeltlichen Fähre in den Häfen zu Bremerhaven empfiehlt.

Für den Fall aber, daß Sie diesen Antrag ablehnen sollten, erlaube ich mir folgenden Eventualantrag zu stellen:

> Die Bürgerschaft verweist den Vertrag der Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit der Gesellschaft „Hafenfähre", betreffend Fähre in den Häfen zu Bremerhaven, an die Deputation zurück mit dem Bemerken, mit der Gesellschaft „Hafenfähre" auf der Grundlage zu verhandeln, daß
>
> 1. keine Subvention vom Staate an die Gesellschaft gezahlt wird,

2. der Vertrag nur auf die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen wird, mit der Bedingung, daß bei Nichtverlängerung des Vertrages der Staat die Fähre von der Gesellschaft übernimmt.

Herr Präsident! Meine Herren! Bei genauer Durchsicht des Berichts und des Vertrages sind wir zu der Ansicht gekommen, daß es sich in erster Linie darum handelt, der Gesellschaft eine Liebesgabe in Höhe von 30 000, vielleicht, wenn ein dritter Dampfer eingestellt werden muß, von 45 000 ℳ zu geben. Die Deputation teilt uns in dem Bericht mit, daß die Gesellschaft eine Berechnung aufgestellt habe, nach der in einer Reihe von Jahren nur Einnahmen erzielt werden würden, die kaum eine Verzinsung des angelegten Kapitals und höchstwahrscheinlich nicht einmal Abschreibungen gestatten würden. Es ist dann eigentlich nicht ganz erklärlich, warum, wenn so schlechte Aussichten für die Rentabilität des Geschäfts bestehen, sich erst noch eine Gesellschaft zur Uebernahme des Fährbetriebes gebildet hat. Aber der folgende Passus in dem Berichte gibt hierüber Aufklärung. Es heißt:

Die Gesellschaft hofft, daß bei einer Konzessionsdauer von fünfzehn Jahren die letzten Jahre befriedigende Erträgnisse abwerfen und für die unrentablen Jahre einen Ersatz bieten werden.

Das ist gewiß ein Grund, der einleuchtet, warum die Gesellschaft zur Uebernahme des Fährbetriebes bereit ist. So weit könnte man mit dem Vertrage einverstanden sein. Aber die Gesellschaft verlangt jährlich eine Subvention von 6000 resp. 9000 ℳ auf die Dauer von fünf Jahren, und die Deputation für Häfen und Eisenbahnen ist zu dieser Schenkung bereit. Wenn ich mir diese Tatsachen vor Augen führe, möchte ich sagen, da hört denn aber doch verschiedenes auf. Die Gesellschaft gibt zu, daß die späteren Gewinne für den ersten angeblichen Verlust einen Ersatz bieten werden und da will man von Deputationsseite noch 30 000 ℳ zugeben. Jeder Privatmann, der ein Geschäft eröffnet, muß damit rechnen, daß die ersten Jahre eines Geschäftsbetriebes weniger rentabel sein werden als die späteren; welchem Privatmann werden aber solche Sicherheiten gegeben, wie es hier geschehen soll? Die Kapitalisten der Gesellschaft werden allerdings lachen, wenn die Bürgerschaft einem solchen Vertrage zustimmt, und sie haben alle Ursache dazu. Worauf beruhen denn die Berechnungen der Gesellschaft? Auf den bisherigen Einnahmen des jetzigen Pächters der Fähre. Das ist sehr sicher gerechnet, aber die Berechnungen stimmen nicht für die Zukunft. Denn es ist als sicher anzunehmen, daß der Betrieb durch das vermehrte Bedürfnis in Zukunft sehr rentabel sein wird. Die Berechnung beruht aber auf einer anderen Grundlage, nach der angenommen ist, daß in Zukunft die Benutzung der Fähre nicht größer als bisher sein wird, trotzdem durch die Anlage der Häfen II und III ein viel größerer Teil der Bevölkerung gezwungen ist, die Fähre zu benutzen. Ferner hatte der bisherige Pächter nur fünf Böte im Betrieb, da konnten die Einnahmen nicht so groß sein, als sie nunmehr bei dem größeren Bedürfnis und erweiterten Unternehmen sein werden. Und dann hat der bisherige Pächter noch jährlich 50 ℳ Pacht dem Staate gezahlt, anstatt eine Subvention zu erhalten, und er hat offenbar doch ein Geschäft dabei gemacht, sonst würde sich die Gesellschaft nicht bereit gefunden haben, dieses Risiko zu übernehmen. Also bei fünf Böten und 50 ℳ Pacht ist das Geschäft rentabel gewesen, wie ist da anzunehmen, daß bei der durch ein größeres Bedürfnis notwendig gewordenen Einstellung von zwei Dampfern das Geschäft nicht rentabel sein wird, so daß eine Subvention von jährlich 6000 resp. 9000 ℳ erforderlich sei. Das kann glauben, wer Lust hat. Es sollen ferner laut Vertrag die 6000 ℳ auf fünf Jahre festgelegt werden, obgleich sich vielleicht schon in zwei bis drei Jahren herausstellen kann, daß die Rentabilität völlig gegeben ist. Wenn die Subvention auf fünf Jahre festgelegt werden soll, so ist auch nicht recht ersichtlich, warum in § 12 gesagt ist, daß die Gesellschaft jederzeit der Deputation Einsicht in ihre Bücher geben muß. Wenn die Subvention festliegt, dann hat es doch keinen Sinn, der Deputation Einsicht in die Bücher zu gewähren. Wenn die Gesellschaft nach fünf Jahren mit neuen Anforderungen kommt, dann ist es selbstverständlich, daß sie bestimmte Aufrechnungen vorlegen müßte. Dann soll auch noch der Gesellschaft nach § 2 das Monopol für 15 Jahre gewährt werden, d. h. für eine Zeit, in der die Entwickelung des Verkehrs in den Hafenanlagen eine riesige sein wird; es soll der Gesellschaft ein Monopol gegeben werden, das jede Konkurrenz ausschaltet. Ferner soll nach § 6 die Herstellung, bauliche Unterhaltung und Beleuchtung der Anlagestellen Sache der Deputation für Häfen und Eisenbahnen sein, der Staat soll also selbst dafür aufkommen. Außerdem soll sogar nach § 13 der Gesellschaft der Platz für die benötigten Baulichkeiten unentgeltlich überlassen werden. Ich meine, dieses Bedürfnis der Gesellschaft nach Baulichkeiten könnte sehr groß sein, sie könnte unter Umständen Platz für Wohnhäuser der ganzen Gesellschaft verlangen mit der Motivierung, daß dies zur Ueberwachung des Fährbetriebs notwendig wäre, und dann müßte der Staat das Terrain dafür unentgeltlich hergeben. Ein besseres Geschäft läßt sich vom Standpunkt der Gesellschaft aus nicht denken, jedes Risiko ist dabei ausgeschlossen. Wenn der Staat schon für jedes Risiko aufkommen soll, dann ist es besser, daß er selbst das Geschäft übernimmt. Dann hat er es auch in der Hand, den Betrieb so zu gestalten, wie es am besten den Erfordernissen entspricht und dann kann auch die Unentgeltlichkeit der Benutzung eingeführt werden.

Wir haben als Volksvertreter die Pflicht, auch in dieser Beziehung mit den Geldern der Allgemeinheit haushälterisch umzugehen, denn diese sind nicht dazu

da, den Geldbeutel einzelner Kapitalisten zu füllen. (Sehr richtig! links.) Ich ersuche Sie, unsern ersten Antrag anzunehmen, wenn Sie ihn aber ablehnen wollen, jedenfalls den Eventualantrag anzunehmen.

Beide Anträge werden genügend unterstützt.

Herr Robert Meyer: Herr Präsident! Meine Herren! In der Erwiderung auf die sehr ausführlichen Darlegungen meines Herrn Vorredners kann ich mich kurz fassen. Es wird den Herren noch erinnerlich sein, die derzeit in Bremerhaven das Hafengelände besichtigt haben und bei der Gelegenheit über den Hafen in der Fähre übergeholt wurden, daß sie zur Erkenntnis kommen mußten, daß die Fährverbindung wie überhaupt die Verkehrsverbindung an den neugeschaffenen Hafenbecken doch nur sehr notdürftig sind. Ein Verkehr von der Stadt Bremerhaven nach der Westseite der Erweiterungsbauten per Wagen oder Boot ist kaum möglich, wenigstens erfordert er lange Wege und viel Zeit. Die Straßenbahn fährt nur bis zum Roten Sande und nicht nach der Westseite des Hafens. Die Böte sind primitiver Natur, sie fassen wenige Personen und bieten auch, so haben mir wenigstens Fachleute versichert, nicht die nötige Gewähr für die Sicherheit und das Leben der Mitfahrenden. Im Interesse des Verkehrs ist es notwendig, daß eine Aenderung herbeigeführt wird, und aus dieser Erkenntnis heraus hat sich in Bremerhaven eine Gesellschaft gebildet, um bessere Verkehrsverhältnisse dort einzurichten. Selbstverständlich wollen die Herren nicht ihr Kapital opfern und nicht einen Teil auf den Altar des Vaterlandes legen, sondern sie erhoffen wenigstens eine mäßige Verzinsung davon zu haben. Dieses würde vollständig ausgeschlossen sein, wenn ein Vertrag eingegangen würde von ihnen, der nur die Dauer von fünf Jahren hätte, und bei welchem nicht einmal eine geringe Subvention vorgesehen würde. Darum kann auf den zweiten Antrag des Vorredners durchaus nicht eingegangen werden. Wenn auf diesen Antrag sollte eingegangen werden, so würde damit die Sache gefallen sein. Etwas anderes ist es aber, ob der Weg gangbar ist, den der Herr Vorredner durch den ersten Antrag gezeigt hat; und ich glaube, daß dieser Weg wohl gangbar wäre, wenn die Deputation die Geneigtheit besäße, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und die Fähre dort in den Häfen einzurichten. Ich möchte jedoch bei dieser Frage auch darauf hinweisen, daß der Staat bekanntlich lange nicht so schnell arbeitet wie eine Privatgesellschaft. Wenn wir heute beschließen, daß der Vertrag angenommen werden soll, dann wird in allernächster Zeit die Fähre eingerichtet und sie würde dem Verkehre baldigst in vollem Umfange übergeben werden. Daß dieses durch den vorliegenden Vertrag gewährleistet wird, das ist für mich die Hauptsache. Dann kommt es auf die Subvention, die nach meiner Ansicht gering bemessen ist, gar nicht so sehr an. Wenn der Vertrag die Gewähr liefert, daß die Gesellschaft den Verkehr aufrecht zu erhalten imstande ist, in sicherer guter Weise, dann würde ich für den Vertrag stimmen können, es wäre der Weg gangbar, den der Herr Vorredner gezeigt hat, aber wenn man die Vorlage heute an die Deputation zurückverweist und bittet um einen Bericht, dann wird eine ziemliche Zeit darüber vergehen, und wir haben vielleicht nach Jahresfrist noch keine Fähre, und das würde ein großer Uebelstand sein. Schon heute sind die Verkehrsverhältnisse entschieden sehr verschoben. In bezug auf die Dampferfahrten des Norddeutschen Lloyd nach Helgoland und den Nordseeinseln sind die Unbequemlichkeiten derart, daß die Oberländer viel lieber über Hamburg fahren und von dort aus den Weg nehmen nach den Nordseeinseln, als über Bremen fahren. Das hat auch, so glaube ich wenigstens annehmen zu dürfen, in den letzten Jahren der Norddeutsche Lloyd stark empfinden müssen. Ich möchte bitten, der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben und die Anträge der Deputation zu genehmigen.

Herr Addicks: Ich möchte Sie auch bitten, die Anträge des Herrn Pieck abzulehnen. Die Frage, ob die Fähre vom Staate übernommen werden soll, ist in der Deputation eingehend erörtert, aber einstimmig abgelehnt worden. Die Gewinnchancen sind nicht so groß, wie Herr Pieck sich einbildet, und den Zuschuß von 3000 ℳ für einen Dampfer halte ich für gerechtfertigt. Denn zu dem vorliegenden Vertrage bedurfte es langer Verhandlungen. Zu jedem Vertrage gehören zwei, und wenn wir nicht derartige Chancen gegeben, dann hätten wir überhaupt keine Fährgesellschaft bekommen. Ich möchte nochmals bitten, die Vorlage der Deputation anzunehmen.

Herr Pieck: Zunächst möchte ich ausdrücklich hervorheben, daß der erste Antrag, betreffend Uebernahme der Fähre durch den Staat, zunächst nur einen Bericht fordert. Die Deputation mag ja einstimmig gegenteiliger Meinung gewesen sein, das erfordert aber doch nicht, daß die Bürgerschaft sich der Deputation anzuschließen hat. Die Deputation würde sich dem Beschlusse der Bürgerschaft fügen müssen (Widerspruch), wenn wir einen Bericht fordern, und es würde sehr interessant sein, die Gründe zu hören, die gegen die Verstaatlichung der Fähre sprechen. Dann hat Herr Meyer angeführt, daß die Fähre, so wie sie jetzt ist, sehr ausbauungsbedürftig ist. Ja, Herr Meyer, das haben wir von unserer Seite durchaus nicht bestritten; das ist auch von mir angegeben, daß der Ausbau der Fähre im Interesse des allgemeinen öffentlichen Verkehrs liegt. Aber daß daraus zu folgen sei, daß unbedingt eine Gesellschaft notwendig sei, die diesen Ausbau vorzunehmen hat, das ist keineswegs erforderlich. Vielmehr hat der Staat den Ausbau vorzunehmen und um so mehr ist er verpflichtet dazu, das zu tun, da er selbst die Kalamität durch die Anlage der Häfen II und III geschaffen hat. Vor allen Dingen sollte Herr Meyer

nicht versuchen, uns weiszumachen, daß die Gesellschaft ein Interesse am Ausbau der Fähre hat. Für die Gesellschaft kommt doch nur in Frage, daß sie sich Profit davon verspricht und daß sie die Gelegenheit zur Anlage für brachliegendes Kapital sucht. Daß sie mit Freuden diese Gelegenheit ergreift, ist verständlich, um so mehr, als die Deputation dieser Gesellschaft rund 30 000 ℳ in den Schoß werfen will. Ich habe schon gesagt, ein besseres Geschäft vom Standpunkte der Gesellschaft ist nicht denkbar. Dann ist von Herrn Meyer angeführt, der Staat würde nicht so schnell arbeiten, so daß die Fähre erst später dem öffentlichen Verkehre übergeben werden könnte. Das würde zunächst ein Vorwurf sein gegen die Deputation für Häfen und Eisenbahnen, indem sie nicht rechtzeitig für den Ausbau der Fähre gesorgt hat. Sie hat die Pflicht, darauf zu achten, wenn solche Kalamitäten entstehen, für Abhilfe zu sorgen. Ich meine aber, daß der Staat noch schneller arbeiten kann als Privatgesellschaften, um so mehr, als dem Staate verschiedene Dampfer zur Verfügung stehen, die er zur Aushilfe in den Fährdienst stellen kann. Wenn ein solches dringendes Bedürfnis für den Ausbau der Fähre vorliegt, dann fällt auch die Rentabilitätsberechnung der Gesellschaft, die auf der bisherigen Benutzung der Fähre beruht, zusammen, dann ist sie nichts weiter, als eine Täuschung der Bürgerschaft. Wenn ein solches dringendes Bedürfnis vorliegt, dann hat der Staat die Verpflichtung, für Abhilfe zu sorgen, aber nicht diese Abhilfe einer Privatgesellschaft zur Ausbeutung zu überlassen. Ich ersuche Sie, unseren Antrag, der zunächst nur einen Bericht wünscht, anzunehmen.

Herr Lankau: Ich möchte kurz bitten, daß die Bürgerschaft den Anträgen der Deputation zustimmt. Wie Herr Addicks schon gesagt hat, ist die Deputation nach reiflicher Ueberlegung dazu gekommen, ihre Anträge zu stellen, und sie ist dazu gekommen, weil es der billigste Weg ist. Sie werden alle zugeben, daß immer gesagt wird, wo der Staat derartige Anlagen übernimmt, da kostet das viel Geld, — und wenn eine solche Gesellschaft kommt, wo die Zubuße nicht groß ist, sondern wo rechnungsmäßig nachgewiesen ist, daß in den ersten Jahren kein Ueberschuß sein wird, da sollten wir der Deputation Vertrauen schenken und die Anträge des Herrn Pieck ablehnen. Herr Pieck sagt, wir wollen einen Bericht haben. Ja, können Sie nicht sagen, daß die Deputation die Sache genügend und ausführlich geschildert hat? Meine Herren, die Deputation hat ganz ausführlich berichtet; ich bitte Sie, nehmen Sie die Anträge der Deputation an.

Präsident: Ich muß Sie bitten, etwas lauter zu sprechen. Ich kann von dieser Stelle hier schwer hören.

Herr Robert Meyer: Ich habe es gar nicht nötig, der Deputation etwas weiszumachen; das ist auch nicht meine Absicht gewesen, indem ich ausgeführt habe, daß die Gesellschaft zur Verbesserung der schlechten Verkehrsverhältnisse die Fähre einrichten will. Mein Vorredner scheint nicht die Empfindung zu kennen, daß Bürger sich zusammentun, um aus der Erkenntnis heraus, daß bessere Verkehrswege notwendig sind, die Verbesserung selbst in die Hand zu nehmen. Aus diesem Grunde sind in Bremerhaven Bürger zusammengetreten und haben in diesem Falle, wie auch schon in ähnlichen Fällen, ein Kapital zusammengebracht, um dem Uebelstande abzuhelfen. Das scheint Herr Pieck nicht zu kennen. Ich möchte sodann noch darauf hinweisen, daß sich nicht jedes Unternehmen eignet zur Verstaatlichung, und namentlich nicht, wenn Versuche gemacht werden und angefangen wird damit, Verkehrswege zu erschließen. Da geht zunächst das private Kapital vor, und erst dann, wenn sich die Anlage sicher entwickelt hat, dann kann der Staat einspringen; zu Probeversuchen und Experimenten ist der Staat nicht da. Hier lassen Sie ruhig die Privatleute vorgehen, um die Fähre zu bauen, das ist der richtige Weg, der anderweitig auch eingeschlagen wird. Ich meine, wir sollten uns bei der Sache nicht solange aufhalten, sondern einfach die Anträge der Deputation annehmen, denn begründet genug sind sie.

Es wird Schluß beantragt.

Rednerliste: Herr Kuhlmann.

Herr Kuhlmann: Ich verzichte.

Der Antrag I des Herrn Pieck wird abgelehnt.

Der Antrag II des Herrn Pieck wird abgelehnt.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung:

Herr Pieck: Ich möchte beantragen,
daß über den Vertrag paragraphenweise abgestimmt wird.
Wir haben noch verschiedene Abänderungsanträge zu stellen.

Der Antrag des Herrn Pieck wird genügend unterstützt.

Herr Rhein: Ich bin der Meinung, daß es nicht erst eines Antrages dazu bedarf, sondern da es sich um einen Vertrag handelt, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Anträge zunächst einzeln, paragraphenweise, entgegengenommen werden müssen.

Herr Lankau: Ich möchte einen Antrag stellen.

Präsident: Nein, das geht nicht mehr.

Zur Geschäftsordnung:

Herr Hagemeyer: Ich möchte zur Geschäftsordnung beantragen,
den Vertrag en bloc anzunehmen.

Herr Lankau: Ja, das wollte ich auch.

Herr Voigt: Ich bin der Meinung, daß bei einer en bloc-Annahme kein Widerspruch erhoben werden darf. Wenn ein solcher aber erfolgt, dann hat die Bürgerschaft nach der Geschäftsordnung paragraphenweise abzustimmen. Wir sollten doch nicht gegen die Geschäftsordnung verfahren.

Herr Depken sen.: Herr Präsident, ich fasse die Sache so auf: wir waren bereits in der Abstimmung begriffen, und wenn wir in der Abstimmuug sind, dann ist es nicht zulässig, noch Anträge zu stellen.

Herr Hachmeister: Nach dem vorletzten Absatze in § 46 müssen wir in eine Spezialdebatte eintreten; denn es heißt da: Die Spezialdiskussion kann teilweise oder ganz unterbleiben usw., wenn kein Widerspruch erfolgt. Nun wird ein Widerspruch erhoben, folglich müssen wir über die einzelnen Paragraphen abstimmen.

Präsident: Herr Henke, hatten Sie noch ums Wort zur Geschäftsordnung gebeten?

Herr Henke: Nein.

Präsident: Die Ansicht über diesen Punkt ist nicht geklärt. Ich halte es aber für richtig, um eine längere Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, daß wir nach dem Wunsche des Herrn Pieck verfahren.

Der Präsident liest die einzelnen Paragraphen vor.

§ 6.

Herr Pieck: Ich beantrage,
im ersten Satze zu streichen: „ist Sache der Deputation für Häfen und Eisenbahnen".

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Robert Meyer: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Der ist einfach unannehmbar, weil die Deputation für Häfen und Eisenbahnen sich von Privaten nicht in die Kaimauer hineinpfuschen lassen darf.

Der Antrag Pieck wird abgelehnt.

Der Präsident liest die weiteren Paragraphen vor. Es werden weiter keine Anträge gestellt.

Präsident: Herr Pieck, wenn Sie nicht mehr zu monieren hatten, als dieses eine Wort, dann hätten wir nicht die lange Geschäftsordnungsdebatte nötig gehabt.

Der Vertrag der Deputation mit der Gesellschaft wird angenommen.

7. Tonnen- und Bakenamt.

Es meldet sich niemand zum Worte. Der Empfang des Berichtes wird dankend angezeigt werden.

Nr. II der Tagesordnung:

Ergänzung:

a. der Budgetkommission.

Es machen Vorschläge:

Herr Garde: 1. Hachmeister.

Herr Rhein: 2. Henke.

Herr Hachmeister erhält 80, Herr Henke 18 Stimmen.
Gewählt: Herr Hachmeister.

b. der Kommission wegen des Bischofstores.

Es schlägt vor:

Herr Garde: 1. Sanders.

Herr Feuß: Ich erlaube mir, vorzuschlagen, da weitere Vorschläge nicht erfolgen, Herrn Sanders per Akklamation zu wählen. (Zustimmung.)

Gewählt: Herr Sanders.

c. des Bürgeramts durch Klasse 4.

Es machen Vorschläge:

Herr Garde: 1. Stichnath.

Herr Imwolde: 2. Pieck.

Gewählt: Herr Stichnath.

d. der Zentralquartierdeputation durch Klasse 4.

Wahlaufsatz des Bürgeramts: 1. Bröcker, 2. Stichnath.

Weitere Vorschläge:

Herr Blome: 3. Imwolde.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Gewählt wird Herr Bröcker.

e. der Wahldeputation durch Klasse 4.

Wahlaufsatz des Bürgeramts: 1. Lampe, 2. Neukirch.

Weitere Vorschläge:

Herr Imwolde: 3. Voigt.

Herr Garde: 4. Rabe.

Die Vorschläge werden genügend unterstützt.

Gewählt wird Herr Rabe.

f. der Deputation für die Unterweserkorrektion durch Klasse 4.

Wahlaufsatz des Bürgeramts: 1. Putscher, 2. Brinkmann.

Weitere Vorschläge:

Herr Garde: 3. Schierenbeck.

Herr Imwolde: 4. Kruse.

Die Vorschläge werden genügend unterstützt.

Gewählt wird Herr Schierenbeck.

Präsident: Ich möchte mir einen Vorschlag erlauben: bevor wir in der Tagesordnung weitergehen, den Antrag des Senats wegen Erweiterung des Gaswerks zur Verhandlung zu bringen. Ich hatte geglaubt, daß wir heute abend rascher vorwärts kommen würden und mir daher erlaubt, Herrn Senator Kirchhoff und den ihm beigeordneten Herrn Direktor Schütte auf 1/2 8 Uhr einzuladen. Beide Herren sind schon erschienen, und wenn die Bürgerschaft einverstanden ist, möchte ich wünschen, daß wir jetzt in die Beratung über die Erweiterung des Gaswerks eintreten. Ich höre keinen Widerspruch.

Nr. XII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 6. Oktober 1908:

3. Erweiterung des Gaswerks.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Kirchhoff, Beigeordneter Herr Direktor Dr. Schütte.

Präsident: Dazu ist noch eine Mitteilung des Senats von gestern gekommen:

Der Senat stimmt dem Antrage der Deputation für Erleuchtungs- und Wasserwerke zu, auf den Fonds für außerordentliche Verwendungen 2 300 000 ℳ für die geplante Erweiterung zu bewilligen. Er ist damit einverstanden, daß von den in Frage kommenden Hochbauten das Ofenhaus ohne Mitwirkung der Baudeputation von der Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke vergeben und ausgeführt wird, weil das Ofenhaus auch nach Ansicht der Baudeputation auf das innigste mit den Betriebseinrichtungen zusammenhängt. Der Senat hält es aber für geboten, daß die übrigen Hochbauten von der Baudeputation ausgeführt werden.

Er ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

Herr Vietsch: Herr Präsident! Meine Herren! Wie schon im vorigen Jahre im Bericht der Erleuchtungs- und Wasserwerke bemerkt worden ist, steigt der Gaskonsum in Bremen so, daß wieder größere Summen für die Erweiterung des Gaswerks bewilligt werden müßten. Die außerordentliche Vergrößerung des Konsums hat auch im vergangenen Jahre angehalten, und in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ist er wiederum um fast 800 000 Kubikmeter gestiegen, und wahrscheinlich wird in den zweiten sechs Monaten eine gleiche Steigerung zu verzeichnen sein. Da sind wir nun in der Lage, daß wir unbedingt an eine Erweiterung des Gaswerks denken müssen. Der Vorlage ist ein ganz detaillierter Bericht des Herrn Direktors Dr. Schütte beigegeben, aus dem Sie alles genau spezifiziert ersehen. Es ist dringend notwendig, mit den Arbeiten bald zu beginnen, damit wir schon Dezember 1909 in der Lage sind, soviel Gas abgeben zu können, als die Bevölkerung braucht. Es handelt sich allerdings um eine große Summe, um 2 300 000 ℳ, aber zugleich um eine sehr gute Kapitalanlage für den Staat. Ich möchte im Namen der Deputation bitten, die Summe zur Erweiterung des Gaswerks zu genehmigen, und zwar möchte ich zugleich im Namen der Deputation bitten, die Anträge, wie sie in der Mitteilung des Senats vom 3. November enthalten sind, anzunehmen.

Herr Schrage: Herr Präsident! Meine Herren! Gemäß den Bestimmungen der Reorganisation des Bauwesens hatte die Baukommission erwartet, daß die ganze Vorlage durch die Baudeputation vorgelegt werden würde. Wir haben uns aber in unserer heutigen Sitzung dahin verständigt, daß hier eine Ausnahme gemacht werden kann. Die Baukommission hat nichts dagegen, daß bestimmte Teile von der Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke ausgeführt werden, es handelt sich da um viele Positionen, zu deren Prüfung der Baukommission wohl kaum Material genug in Händen hat. Was aber die eigentlichen Bauten anbetrifft, so beansprucht die Baukommission doch, daß die Pläne dafür ihr separat und ausführlich vorgelegt werden. Sie stellt, unbeschadet weiterer Beschlüsse der Bürgerschaft, folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft erwartet von der Baudeputation spezifizierte Pläne und Kosten-Anschläge betreffs folgender Teile der Vorlage:

Kohlenschuppen	ℳ	618 500
Arbeitergebäude	„	18 000
Maschinenhäuschen	„	7 000
Anbau der elektrischen Zentrale	„	24 000
Einfriedigungen	„	7 500
indem sie diese zusammen	ℳ	675 000

einstweilen nur unter Vorbehalt bewilligt.

Herr Junge: Es hat auch uns erfreut, daß das Gaswerk einen so erfreulichen Aufschwung genommen hat. Den Neubauten, die jetzt von uns verlangt werden, werden wir uns nicht entziehen können. Als der Einheitspreis für Gas eingeführt wurde, konnte man voraussehen, daß ein solcher Aufschwung kommen würde. Der ist schon bei der kleinen Ermäßigung für das Leuchtgas eingetreten, er wäre aber noch bedeutend größer erfolgt, wenn die Bürgerschaft den Einheitspreis nach unserem Antrage angenommen hätte. Wir haben uns auch gefreut, daß man jetzt sehr vorsichtig zu Werke zu gehen scheint. Mit den Vertikalöfen sind an anderen Orten gute Erfahrungen gemacht, und man hat uns mitgeteilt, was darüber gesagt wird, wenn auch vieles von dem nicht stimmen wird; ich glaube nicht, daß alles stimmen wird, aber soviel ist doch wohl sicher, daß wir bei Einführung der Vertikalöfen noch bedeutende Vorteile haben werden, es wird

abermals ein großer Aufschwung kommen, wir werden noch viel mehr Ueberschüsse machen, wie wir bisher gemacht haben. Dabei glaube ich doch berechtigt zu sein, die Deputation daran zu erinnern, ob nicht jetzt der Einheitspreis für Gas noch weiter heruntergesetzt werden kann bis 12 ₰ pro Kubikmeter, dem Preise, zu dem früher das Kochgas geliefert worden ist. Ich sage noch einmal, was ich schon damals gesagt habe: wenn wir den Einheitspreis heruntersetzen, so wird die Konsequenz davon sein, daß wir soviel mehr Konsumenten haben, wir werden soviel Zustrom haben, daß wir doch einen ähnlichen Ueberschuß haben werden. Warum kommen wir nicht dazu? Warum wird dem nicht Rechnung getragen, das Gas so billig wie möglich abzugeben? Ueber die Kammeröfen hat man noch nicht genügendes Urteil, sie sollen vorläufig nicht eingeführt werden. Wenn sie sich aber gut bewähren, haben wir das Vergnügen — vielleicht nach vier Jahren — weitere zu bewilligen, um sie auszunutzen. Wir können aber sicher sein, daß wir schon bei diesen Vertikalöfen einen enormen Ueberschuß machen, und zweitens geht daraus hervor, daß wir noch nicht am Schluß sind, da sich die Kammeröfen auch noch bewähren können. Es wäre aber an der Zeit, daß die Deputation darüber nachdächte, ob es nicht an der Zeit ist, den Einheitspreis für Gas auf 12 ₰ herunterzusetzen. Ich beantrage das — ich will nicht den Antrag stellen, aber der Deputation ans Herz legen, endlich einmal sich über die Sache zu äußern unter Hinzuziehung des Senats.

Herr Ed. Achelis: Bei der Projektierung ist allerdings die Baudeputation der Ansicht gewesen, daß die ganzen Bauten dieser Anlagen gerade so wie anderer Gebäude Sache der Baudeputation sei. In einer Sitzung aber hat sich die Baudeputation durch den anwesenden Direktor Schütte überzeugen lassen, daß es wünschenswert ist, das Hauptgebäude mit den notwendigen Einrichtungen, den äußerst komplizierten Oefen und sonstigen technischen Einrichtungen, über welche die Baudeputation nicht kompetent ist, von der Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke herstellen zu lassen. Es bleiben also diese Teile des Baues der Deputation für die Gas- und Elektrizitätswerke überlassen. Dagegen sind der Baudeputation selbstverständlich alle Nebengebäude zu übertragen. Sie wird dem entsprechenden Wunsch der Baukommission nachkommen und die detaillierten Pläne seinerzeit vorlegen.

Herr Waigand: Herr Präsident! Meine Herren! Ich wollte bei dieser Gelegenheit einmal auf die Löhne der Arbeiter bei der Gasanstalt eingehen, es wird mir wohl gestattet werden. Gestern abend hat eine große Versammlung von Staatsarbeitern stattgefunden, es wurde da mitgeteilt, daß die Arbeiter mit ihren Forderungen auf Erhöhung der Löhne und kürzere Arbeitszeit abgewiesen seien, man hat nicht einmal Veranlassung genommen, die Arbeiter zu hören, sondern sie sind kurz abgewiesen. Wenn Sie bedenken — — —

Präsident: Herr Waigand, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen: die Sache steht heute nicht zur Diskussion. Heute handelt es sich nur um die Erweiterung der Gasanstalt. Wenn Sie derartiges vorzutragen wünschen, müssen Sie schon einen besonderen Antrag stellen.

Herr Waigand: Ich füge mich und werde den Antrag einbringen.

Das Amendement der Baukommission wird angenommen.

Der Antrag des Senats wird mit diesem Amendement angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Antrag, betreffend Vergebung von Staatsarbeiten.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die bauenden Deputationen zu beauftragen, die in diesem Rechnungsjahr noch zur Ausführung kommenden Arbeiten schnellstens zu vergeben, um den in Bremen herrschenden Arbeitsmangel zu mildern.

Gleichzeitig beantragen wir, für vorstehenden Antrag die Dringlichkeit zu genehmigen.

Herr Leymann: Herr Präsident, meine Herren! Ich habe mich veranlaßt gesehen, diesen Antrag zu stellen, weil speziell in unserem Baugewerbe außerordentlich großer Arbeitsmangel herrscht. Ich habe in letzter Zeit sehr häufig Arbeiter angenommen und muß sagen, daß zuweilen an einem Tage 70 bis 80 kamen, um arbeiten zu können, und ein großer Teil war dabei, das ging aus den Papieren hervor, die 4 bis 6 Wochen keine Arbeit gehabt hatten. Da muß man sich überlegen: kann man diesem Uebelstande abhelfen, oder soll man die Arbeitslosigkeit weiter gehen lassen? Und da habe ich mir gesagt, wenn diese Arbeitslosigkeit weiter geht, dann befürchte ich, wenn wir noch weiter in den Winter hineinkommen, daß wir dann Notstandsarbeiten ausführen lassen müssen, und Notstandsarbeiten kosten dem Staate riesig viel Geld. Ich habe nun darüber nachgedacht: wie kann man dem abhelfen? Ich wußte aus meiner Tätigkeit in der Baudeputation, daß hier verschiedene Arbeiten vorliegen, die, wenn man der Baudeputation vielleicht einzelne technische Hilfskräfte zur Verfügung stellt, so daß dieselbe schneller vorarbeiten kann, daß diese Arbeiten schon diesen Winter gemacht werden können. Durch diesen Antrag wird der Staat nicht geschädigt, sondern er führt nur die Arbeiten, die er sonst im nächsten Frühjahr vielleicht erst machen läßt, schon diesen Winter aus, und dann ist damit nicht nur den

Arbeitern, sondern auch dem ganzen Erwerbsleben in Bremen geholfen. Arbeiten, die noch in diesem Winter ausgeführt werden könnten, sind in erster Linie der Abbruch des alten Stadthauses. Die Bürgerschaft hat die Pläne im großen und ganzen vor längerer Zeit genehmigt. Herrn Dr. Ritter von Seidel ist der Auftrag erteilt worden, weitere Pläne anzufertigen. Diese Pläne können in den nächsten Wochen zur Vorlage gebracht werden, also wird es nicht lange dauern, daß der Herr seine Pläne fertig hat, und wir können mit ruhiger Gewißheit sagen, das Stadthaus kann abgebrochen werden, und wenn es herunter ist, dann sind die Pläne fertig und mit dem Neubau kann begonnen werden. Auf der Tagesordnung steht eine 16klassige Schule, der Neubau für die Nordstraße, die wird jedenfalls heute bewilligt werden. Außerdem steht auf der Tagesordnung ganz unten eine 16klassige Schule in Hastedt, die freilich erst im Voranschlage auf der Tagesordnung steht. Aber wenn man der Baudeputation einige Hilfskräfte zur Verfügung stellt, so werden die Spezialpläne in 3 bis 4 Wochen an die Bürgerschaft kommen können, und auch diese Schule kann genehmigt und gebaut werden. Dann steht außerdem aus das Café am Kaiser Wilhelm-Platz. Auch diese Pläne sind jetzt, nachdem sie nochmals einer Umarbeitung unterworfen gewesen sind, soweit fertig, (Zuruf: Gott, sei Dank!) daß sie in nächster Zeit vorgelegt werden können. (Bravo!) Dann steht noch der große Erweiterungsbau auf dem Schlachthofe auch heute zur Tagesordnung. Das sind alles Punkte für Neubauten. Dann stehen noch aus Innenbauten für die Schule an der Erlenstraße für die übrigen Arbeiter und Handwerker, die Innenbauten für die Schule an der Hemelingerstraße, der Innenbau des Archivs, der Innenbau des Straßenbaubureaus, der Anbau des Museums. Das sind alles Arbeiten, die noch vorliegen, und wenn man sie überschlägt, dann sind es Arbeiten von 1½ Million. Man sollte meinen, wenn auch nicht alle in diesem Jahre fertig werden, so kann man doch sagen, es ist ein großer Teil, der in diesem Winter ausgeführt werden kann, und wir hoffen, daß damit der Arbeitsmangel in Bremen vollständig gehoben wird. Der Staat hat damit seine Pflicht getan und der arbeitenden Bevölkerung Lohn und Arbeit besorgt. Dann hat er damit auch seine Schuldigkeit getan und kann sich sagen: da hast du für Notstandsarbeiten in diesem Winter nicht zu sorgen, und deshalb bitte ich, diesen meinen Antrag einstimmig abzulehnen (Heiterkeit) — anzunehmen! Ja, meinetwegen erst ablehnen und dann annehmen. Ich bitte aber die Herren in den Deputationen, sich diesen Antrag nicht bloß dem Worte nach zu eigen zu machen und sich nicht bloß zu sagen, ja, dieses ist ein Nachantrag, einmal geht das wohl, ich möchte bitten, in den Deputationen danach zu streben, was irgend möglich ist, auch in diesem Winter zur Ausschreibung zu bringen. (Zuruf: Gasanstalt!) Ja, ebenso die Gasanstalt. Aber die Herren müssen sich etwas befleißigen, daß ihr Projekt ausgeführt werden kann, denn so wie das jetzt vorliegt, kann das nicht geschehen. Da müssen erst Spezialpläne für die Gasöfen eingeholt werden, dann können wir auch an die Einrichtung des Gebäudes denken. Denn wie Sie aus dem Plan ersehen haben, haben die Gasöfen keine direkte Verbindung mit dem Gebäude; aber sie stehen im näheren Konnex mit dem Gebäude, und darum müssen die Projekte für die Oefen erst vorliegen, und dann können wir sagen, wir gehen zur Errichtung des Gebäudes über. Ich möchte bitten, meinen Antrag einstimmig anzunehmen.

Herr Rauch: Die Vertretung derartiger Anträge scheint Herrn Leymann selbst so fremd vorzukommen, daß er — jedenfalls in dem augenblicklichen Gefühle, daß sie von uns gestellt sind — selbst für die einstimmige Ablehnung seines Antrages plädiert. Aber Herr Leymann irrt sehr, wenn er meint, daß mit der Annahme seines Antrages die Arbeitslosigkeit hier am Orte völlig beholfen werden kann. Es muß doch bedacht werden, daß nicht nur im Baugewerbe die Arbeit ganz darniederliegt, sondern daß z. B. die Oelfabrik ganz still liegt, daß in der Armaturenfabrik eine Gießerei den Betrieb ganz eingestellt hat, und eine andere Gießerei nur noch ein Drittel der sonst üblichen Arbeitskräfte beschäftigt. Bei der Aktiengesellschaft Weser sind in der letzten Zeit Arbeiterentlassungen vorgenommen, und es wird weiter eine Verkürzung der Arbeitszeit geplant. Alles das beweist, daß die Arbeitslosigkeit hier am Orte sehr viel größer ist, als Herr Leymann anzunehmen scheint. Und diese Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse existiert auch nicht erst seit gestern, das mußte Herrn Leymann bekannt sein, wenn er sich auf diesem Gebiete einmal umgesehen hätte. (Lachen.) Ja, warum Sie lachen, weiß ich wirklich nicht. (Zuruf Henke: Wissen sie selbst nicht.) Im übrigen muß ich darauf hinweisen, das, was Herr Leymann in seinem Antrage fordert, ist von meinem Parteifreunde Imwolde schon vor Monaten gefordert, allerdings nicht in Form eines Antrages. Er hat die Behörde ersucht, die Bauten möglichst schnell zu vergeben, damit der Arbeitslosigkeit, soweit es durch solche Maßnahmen überhaupt möglich ist, entgegengewirkt werde. Es ist bezeichnend, daß die Behörde solche Wünsche so wenig respektiert, daß sie erst durch einen Bürgerschaftsbeschluß gezwungen werden muß, dem nachzukommen. Das ist nicht überall so. In einer ganzen Reihe von Städten sind aus den Reihen des Magistrats heraus Vorschläge gemacht, nicht nur in der Richtung des Antrags Leymann, sondern auch weitergehend, Notstandsarbeiten einzurichten, überhaupt weitere Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Wir werden selbstverständlich für den Antrag Leymann eintreten. (Na also!) Wir werden für ihn stimmen, aber wir halten weitere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit für unbedingt notwendig. Es wird Ihnen bekannt sein, daß wir einen Antrag gestellt

haben, der darauf hinausgeht, eine Arbeitslosenversicherung hier in Bremen ins Leben zu rufen, und bei der Begründung dieses Antrages hätten wir ohnehin Maßnahmen, die der Antrag Leymann berührt, gefordert. So sympathisch uns auch der Antrag Leymann ist, so wenig können wir glauben, daß er aus purer Arbeiterfreundlichkeit (Hoho!) gestellt ist. Ich werde Ihnen dafür einige Beweise bringen. Den Schluß für diese Behauptung lassen schon die Unterschriften unter diesem Antrage zu. Es sind eine Anzahl von Herren darunter, denen die Bauten des Staates doch schließlich etwas mehr sind, als bloß Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter abzugeben. Und wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welchem Eifer in einer großen Reihe von Städten — gegenüber den früheren Jahren — man sich für Notstandsarbeiten ins Zeug legt, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß man dort zu der Einsicht gekommen ist, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Unternehmer, die diese Staatsarbeiten ausführen, besser über die Krise hinwegkommen. Und Herr Leymann hat das auch im Grunde genommen durchblicken lassen, er hat gesagt, daß nicht nur die Arbeiter durch die Arbeitslosigkeit besser hindurchkommen, sondern daß dadurch das ganze Gewerbeleben gehoben werde. Im Grunde genommen eine Sorge zunächst für sich selbst — — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Rauch, diese Art und Weise, wie Sie eben gesprochen haben, glaube ich nicht durchgehen lassen zu dürfen. (Sehr richtig!) Der Antrag des Herrn Leymann, von dem ich annehme, daß er bona fide gestellt ist, ist von einer großen Anzahl von älteren Herren aus der Bürgerschaft mit unterschrieben. Das zeigt, daß dieser Antrag auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Wie Sie die Sache herumdrehen wollen und versuchen wollen klar zu machen, daß Herr Leymann den Antrag gestellt hat, um selbst einen Profit davon zu bekommen, das erachte ich als eine unerhörte Unterstellung, und ich möchte bitten, dergleichen zu lassen.

Herr Rauch: Herr Präsident, Sie haben eine lange Begründung gegeben für Ihre Auffassung. Aber es muß mir auch gestattet sein, meine Auffassung zu dem Antrage zu geben. Ich habe auch durchaus nichts gesagt, was Herr Leymann für sich als Beleidigung ansehen könnte.

Präsident: Ich kann nur sagen, wenn Sie in der Weise fortfahren, dann werde ich Ihnen das Wort entziehen. (Zurufe links: Hoho! Lachen.)

Herr Rauch: Wenn Sie eine Minute mit Ihrer Unterbrechung gewartet hätten, dann würden Sie vielleicht nicht zu Ihrer Erregung und zu solchen Ausführungen gekommen sein. (Zwischenruf des Herrn Henke.)

Präsident: Bitte, Herr Henke, seien Sie ruhig!

Herr Henke: Ich kann mir erlauben, Zwischenrufe zu machen, das ist mein Recht.

Herr Rauch: Ich wollte weiter ausführen, daß wir daraus den Unternehmern keinen Vorwurf machen, wenn sie mit solchen Anträgen bestrebt sind, die Arbeitsgelegenheit zu vermehren, unbekümmert, ob sie dabei ihren eigenen Vorteil mit im Auge haben. Aber sie sollten nicht, das wollte ich weiter betonen, sich mit dem falschen Scheine der puren Arbeiterfreundlichkeit umgeben. Ich muß anerkennend hervorheben, daß das diesmal Herr Leymann nicht getan hat, daß er zugegeben hat, daß das gesamte Gewerbeleben durch die Annahme des Antrages Vorteile haben wird. Ueberdies wird mit der Annahme des Antrages allein herzlich wenig erreicht. Gerade die Unternehmer, die Staatsarbeiten ausführen, fremde und auch hiesige, stellen mit Vorliebe auswärtige Arbeiter an, Polen, Italiener usw., und zwar zu niedrigeren Löhnen, (Hört, hört!) als nach dem hiesigen Tarif bezahlt werden müssen. (Hört, hört!) Das gibt zu denken. Und wenn das nach Annahme des Antrags Leymann weiter geschieht, was ist dann erreicht? Was ist damit erreicht, wenn nach Annahme des Antrages der Staat möglichst schnell seine Arbeiten hergibt, aber die Unternehmer weiter ausländische Arbeiter einstellen? Damit ist den hiesigen Arbeitern nichts gedient. Ich könnte noch andere Unternehmer, die Staatsarbeiten liefern und auswärtige Arbeiter einstellen, nennen. Dagegen muß, wenn mit solchen Anträgen überhaupt etwas erreicht werden soll, auch ein Damm errichtet werden. Außerdem werden beim Schleusenbau in Hastedt übermäßig viel Ueberstunden gemacht. Damit wird der Arbeitslosigkeit aber auch nicht entgegengewirkt. Man sieht, mit der Annahme des Antrags allein wird nicht erreicht, was Herr Leymann damit erreichen will. Auch bei den Arbeiten am neuen Hafen zahlen eine hiesige und eine Berliner Firma 5 ₰ weniger pro Stunde, als nach dem hiesigen Tarife gezahlt werden müßte. Russen, Kroaten, Italiener u. a. sind dort eingestellt. Schließlich waren auch diese nicht zufrieden, daß sie zu niedrigeren Lohnsätzen beschäftigt werden sollten und setzten durch, daß der Unternehmer den hier tarifmäßig zu zahlenden Lohn bezahlte. Nun sollten sie entlassen werden. Der Unternehmer sagte, sie leisteten nicht das, was die hiesigen Arbeiter leisteten. Sie werden zugeben, daß das außerordentlich beachtenswert ist. Die Organisation der bremischen Bauarbeiter hat sich ins Mittel gelegt und gesagt: Du hast die Leute hierher kommen lassen und nachdem sie den ortsüblichen Lohn verlangten, bist du nicht berechtigt, die Leute zu entlassen. Sie sehen hieraus, daß die Arbeiterorganisationen sich nicht dagegen wenden, daß Arbeiter aus andern Ländern und andern Orten in ihrem Orte mitangestellt werden und ihnen Konkurrenz bei der Arbeit machen, sondern dahin wirken, daß Ausländer und auswärtige Arbeiter

nicht zu niedrigeren Lohnsätzen beschäftigt werden, als sie ortsüblich sind. Und wir haben in dieser Beziehung einen Antrag gestellt und werden später weitere Begründungen dazu geben. Wir werden für den Antrag Leymann stimmen, aber Sie werden aus den Ausführungen gehört haben, daß es durchaus nicht genügt, wenn wir diesen Antrag annehmen. Vor allen Dingen ist im Auge zu behalten, daß die Arbeitslosigkeit viel weitere Kreise erfaßt hat, als Herr Leymann annimmt, daß sie weit über den Kreis des Baugewerbes hinausgeht. Es ist ein Unding, für die paar Bauarbeiter Arbeitsgelegenheit zu schaffen, für diese eine Milderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen und die andern achtlos in Not zu belassen. Hiergegen muß etwas unternommen werden. Der Arbeitslosigkeit läßt sich mit einiger Gründlichkeit nicht von heute auf morgen begegnen, etwas Großes läßt sich mit Plötzlichkeit nicht schaffen, aber wir werden bei der Begründung des Antrags auf Arbeitslosenversicherung weitergehende Vorschläge und Angaben machen.

Zu dem Antrage Leymann möchte ich folgendes Amendement stellen:

> Gleichzeitig bewilligt die Bürgerschaft vorläufig 50 000 ℳ zur Unterstützung der durch Arbeitslosigkeit unverschuldet in Not geratenen Arbeiterfamilien. Diese Unterstützungen dürfen jedoch keinerlei politisch-rechtliche Nachteile für die Unterstützungsempfänger im Gefolge haben.
>
> Die Bürgerschaft ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten und die zuständigen Behörden mit der beschleunigten Erledigung der erforderlichen Maßnahmen zu beauftragen.

Meine Herren, in ähnlicher Weise ist man schon in anderen Städten vorgegangen. Man hat dort der Arbeitslosigkeit eine größere Aufmerksamkeit geschenkt, als es in Bremen geschehen ist. So ist in Magdeburg beschlossen, eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen. Die wird durch das dortige Gewerkschaftskartell vorgenommen, aber die Kosten trägt die Stadtkasse von Magdeburg. In Stuttgart sind kürzlich 800 000 ℳ für Notstandsarbeiten bewilligt; auch dort sollen Arbeitslosenzählungen vorgenommen werden. In Stuttgart ist es so gedacht, daß die qualifizierten Arbeiter dabei mit hineingezogen werden können. Wenn Sie sich weiter vergegenwärtigen, daß dieses nur einige Beispiele sind, daß eine ganze Reihe von Städten in ähnlicher Weise zur Milderung der Arbeitslosigkeit Schritte unternommen hat, so werden Sie zugeben, daß angesichts der Arbeitslosigkeit etwas geschehen muß, und ich ersuche Sie, vorläufig unserm Antrage zuzustimmen, und dann die Begründung unserer Anträge anzunehmen, die wir in bezug auf Arbeitslosenversicherung im Baugewerbe gestellt haben.

Das Amendement wird genügend unterstützt.

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, will ich bemerken: Ich habe bei der Gelegenheit, wie ich Herrn Rauch unterbrochen habe, weil er nach meiner Ueberzeugung in einer Weise Herrn Leymann Vorwürfe gemacht hat, die ich nicht durchgehen lassen konnte, einen ziemlich lauten Zwischenruf von Herrn Henke empfangen. Ich ersuchte Herrn Henke, das zu unterlassen, worauf er dazwischen rief: Das ist mein Recht. Ich mache Herrn Henke darauf aufmerksam, daß er absolut kein Recht dazu hat. (Herr Henke lacht.) Lassen Sie das Lachen. (Herr Henke: Es ist mein Recht, mich auszulachen.) Ich werde nach der Geschäftsordnung verfahren, wie mir zusteht und kann erklären: Der einzige, der das Recht hat, zu unterbrechen, bin ich, nicht Sie.

Herr Henke: Ich bin der Meinung, daß diese Auslegung der Geschäftsordnung durch den Herrn Präsidenten eine solche ist, gegen die wir als Bürgerschaftsmitglieder auf das Entschiedenste protestieren müssen. Eine solche Auslegung würde bedeuten, daß wir in der Bürgerschaft ein Parlament haben, das sich nicht erlauben darf, was jedes Parlament kann, wo eben Zwischenrufe erlaubt sind. Das ist das Recht, daß man im Moment seiner Meinung Ausdruck gibt durch Zwischenrufe, sogar im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause. Ich protestiere auf das lebhafteste gegen eine solche Geschäftsführung.

Präsident: Ich habe Sie bisher nicht darin gestört, Zwischenrufe zu machen. Ich habe mich aber daran gestoßen, daß Sie sagten: „Es ist mein Recht.“ Das ist es eben nicht.

Herr Henke: Ich bedaure, wenn Sie sich an meine Zwischenrufe stoßen. Das ist Ihre Empfindlichkeit, aber damit habe ich nicht zu rechnen, sondern ich richte mich nach dem, was ich für billig halte.

Präsident: Schön, dann weiß ich Bescheid.

Herr Heinken: Ueber den Antrag Leymann wird wohl keine Meinungsverschiedenheit vorherrschen. Ich bin überzeugt, daß die Bürgerschaft in ihrer Mehrheit, wenn nicht einstimmig den Antrag annehmen wird. Herr Leymann hatte die Güte, uns einige große Arbeiten vorzulegen, die teils beschlossen, teils noch nicht beschlossen sind. Nun möchte ich auf eine Arbeit hinweisen, die längst beschlossen ist und der Ausführung harrt, das ist die Zuwerfung des Neustadtgrabens. Ich habe die Umgegend dieser Tage wieder besichtigt und möchte die Mitglieder der Bürgerschaft bitten, das auch zu tun. Ich meine, wenn ein Wille vorhanden wäre, dann wäre dieser Graben längst verschwunden. Uns ist die Zusicherung geworden und gesagt worden, wenn es möglich wäre, dann sollte das Material zum Zuschütten angefahren werden. Ich habe früher schon darauf hingewiesen, daß das Material der Ausschachtung für die neue Realschule anderwärts hingefahren ist. Man hätte es hier in nächster Nähe gebrauchen können für die Zuschüttung des Grabens; das wäre das billigste für den Staat

gewesen. Ich will heute darauf aufmerksam machen, daß der Rest vom Neustadtsgüterbahnhof der Abfuhr wartet, und es wäre gut, wenn da Wandel geschaffen würde. Außerdem will ich auf den Abbruch des Stadthauses aufmerksam machen. Dieser Abbruch wird eine Masse Schutt herbeiführen, der könnte bei der Zuschüttung des Grabens von Nutzen sein. Und der Deich vom Neustadtsstadtgraben könnte auch in seiner vollen Höhe abgetragen werden. Wenn darin Wandel geschaffen würde, dann würde eine Anzahl von Arbeitern Arbeit finden, und darauf sollte die Deputation für den Tiefbau Rücksicht nehmen, damit wir den Graben los werden. Aber ich weiß nicht, ob das jetzt zu erreichen ist, daß dieser Graben wegkommt, denn der Tiefbau ist einigermaßen interessiert, weil er da einen Steinlagerplatz hat, und wenn der Graben mir nichts dir nichts zugeschüttet würde, dann würde der Steinplatz verschwinden müssen. Das wäre für die Tiefbaudeputation unbequem. Es ist von der Bürgerschaft beschlossen, die Ausführung sollte in die Wege geleitet werden. Das ist gemacht, aber man kann deutlich sehen, daß es damit sein Bewenden haben soll; und ich meine, die Bürgerschaft hat sich dahin geäußert, daß der Graben verschwinden soll. Wenn Sie sich den Graben ansehen würden, dann würden Sie alle sagen: Es ist die höchste Zeit, daß da etwas geschieht; und darum weise ich darauf hin, daß etwas geschieht.

Herr Ed. Achelis: Ich will in der Bürgerschaft nicht auf alle Einzelheiten eingehen, die Herr Rauch vorgetragen hat, nur auf zwei Punkte. Herr Rauch exemplifizierte auf die auswärtigen Arbeiter bei dem Schleusenwerk. Dieses Schleusenwerk ist, wie viele derartige Wasserwerke, eine Spezialarbeit von Spezialunternehmern, und es ist ganz unmöglich, solchen Mann zu zwingen, nur einheimische Arbeiter zu nehmen, wenn wir nicht selbst das Risiko übernehmen wollen.

Aus der Rede des Herrn Rauch habe ich ferner entnommen, — ich habe ihn wenigstens so verstanden — daß er sagte, es sei traurig, wenn die Behörden nicht selbständig vorgingen, wenn die Behörden erst durch Anträge der Bürgerschaft gezwungen würden, gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen. Dieser Vorwurf, der in Zusammenhang mit dem Antrage Leymann erhoben worden ist, soll sich vermutlich auch auf die Baudeputation beziehen. Für die Baudeputation und die Hochbauinspektion muß ich ihn aufs entschiedenste zurückweisen. Die Baudeputation und die Hochbauinspektion haben schon lange, lange, bevor der Antrag von Herrn Leymann gekommen war, im vorigen Sommer und Herbst, als ein Notstand unter der Arbeiterschaft vorausgesehen werden konnte, angeordnet, die Vorarbeiten für die Bauten so zu fördern, daß die Bauten alsbald in Angriff genommen werden können. Die Baudeputation und die Hochbauinspektion haben augenblicklich 16 große Bauten, an denen gearbeitet wird und an denen eine große Menge Arbeiter beschäftigt ist. Es sind außer den von Herrn Leymann schon angeführten Bauten noch einige andere in Vorbereitung: die Wohnung des Brandinspektors der Feuerwehr, die Erweiterung der Moorversuchsstation, Gebäude in Ellen, dann die Schule an der Nordstraße, die voraussichtlich noch heute abend beschlossen wird, die Erweiterung der Schweineschlachthalle. (Bevor an die Errichtung dieses Gebäudes gegangen werden kann, müssen umfangreiche Erdarbeiten gemacht werden, es handelt sich um 6500 cbm.) Dann ein Haus für 50 Männer und ein Haus für 50 Frauen in Ellen, das Polizeibureaugebäude an der Woltmershauser Chaussee; die Pläne dafür liegen bei der Polizeidirektion und kommen in allernächster Zeit an die Baudeputation, und es wird dann nur von Senat und Bürgerschaft abhängen, sie zu genehmigen; der Bau kann dann sofort in Angriff genommen werden, es können dann sofort die Ausschreibungen erlassen werden. Sie sehen, Baudeputation und Hochbauinspektion haben das Menschenmögliche getan, um den Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit zu verschaffen.

Herr Bruns: Herr Präsident! Meine Herren! Es ist unglaublich, was Herr Rauch an Behauptungen geleistet hat, indem er feststellte, daß das gesamte Baugewerbe in Bremen niederläge. Er hat nicht allein behauptet, es sei nichts zu tun, sondern er ist noch viel weiter gegangen und hat beantragt, für die Arbeitslosen 50 000 ℳ zu bewilligen. Nun denken Sie, die Monteure im Heizungsfach streiken! Wie ist das menschenmöglich bei einer Geschäftslage, wie sie Herr Rauch schildert, wenn diese so völlig darniederliegt! Herr Rauch täte besser, wenn er und die Gewerkschaftsführer auf diese Leute einwirkten, daß sie nicht solche Sachen machten. (Sehr richtig!) Herr Rauch spricht von den Tarifverträgen. Wir vom Heizgewerbe haben den Leuten einen Tarifvertrag angeboten, aber sie wollen nicht. Mir liegt vor eine Statistik der Metallarbeiterzeitung, danach verdienen die Monteure in Bremen (Zurufe) — Pardon, nach Ihrer Statistik! — 1612 ℳ. Die Unternehmer waren nun bereit, all denen, die einen Anfangslohn von 55 ₰ pro Stunde haben, den Lohn um 10 %, und denen, deren Lohn schon jetzt mehr als 60 ₰ beträgt, um 5 % zu erhöhen. Die Monteure würden also in Zukunft ca. 1770 ℳ verdienen nach dem ihnen angebotenen Tarif. Sie haben aber nicht angestanden, den Tarif abzulehnen, sie ziehen vor, zu feiern. Und da sprechen die Arbeiterführer und da spricht Herr Rauch von Arbeitslosigkeit, und man verlangt Tarifverträge! Es ist kaum zu glauben!

Noch viel schlimmer ist das — ich darf den Ausdruck nicht wählen, wie die „Bürger-Zeitung" versteht, den Antrag, der von uns aus Gemeinsinn gestellt ist, zu behandeln. So schreibt die „Bürgerzeitung" — die Bürgerschaft muß gestatten, daß ich es verlese; Herr Redakteur Henke ist ja hier, er wirkt heute abend besonders durch sein Auftreten.

Sand in die Augen!

Ausgesprochen Herr Leymann, der bekannte Scharfmacher im Baugewerbe, hat jetzt, kurz vor den Bürgerschaftswahlen, sein arbeiterfreundliches Herz entdeckt. Er hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, der auf die nächste Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt ist.

Nun folgt der Antrag.

Natürlich begrüßen wir jede Maßnahme, die dem Arbeitsmangel entgegenwirkt, selbst dann, wenn sie von einem Leymann angeregt wird. Nur an Herrn Leymanns Fürsorge für Arbeiter glauben wir jetzt ebenso wenig wie vorher. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Oder sollte dieser Erzfeind jeglicher zielbewußten Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie zu vernünftigeren Anschauungen bekehrt worden sein? (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bitte Sie, die Rede des Herrn Rauch und diesen Artikel zu vergleichen, der jedenfalls von Herrn Redakteur Henke geschrieben ist!

Das glaube, wer dumm genug dazu ist. Da ist doch die Erklärung viel plausibler, daß Herr Leymann sich in der Lage sieht, das Unternehmerinteresse wahrzunehmen und gleichzeitig arbeiterfreundlich zu schillern.

(Zuruf des Herrn Waigand: Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, welches Gewerbe sie gelernt haben!

An der Verwirklichung des Antrages Leymann sind natürlich in erster Linie die Unternehmer des Baugewerbes interessiert, und außerdem freilich auch die Arbeiter.

Ich stehe nicht an, zu sagen: Ich bin Lieferant des Staates und freue mich, wenn ich Staatslieferungen auszuführen habe; oder glauben Sie, daß ich meine Arbeiten für Pfeffernüsse mache? Nein, ich will Geld verdienen, und meine Arbeiter ebenso! (Zuruf von links: Wird nicht bestritten!) Wenn die Unternehmer aber keine Arbeit haben, können sie auch nicht ihre Arbeiter beschäftigen. Ich will nicht weiter darauf eingehen, die Sache spricht für sich selbst. Der Antrag Leymann muß jedenfalls angenommen werden, aber ich habe es für nötig gehalten, dabei das Verhalten der Sozialdemokraten zu beleuchten. (Beifall.)

Herr Hagemeyer: Herr Rauch ist schon vorhin vom Herrn Präsidenten zurechtgewiesen; ich möchte meinerseits auf das Bedenkliche einer solchen Art des Vorgehens des Herrn Rauchs und der Bürger-Zeitung hinweisen. Es handelt sich bei diesem Antrage doch wirklich um einen sozialen Antrag, und ich meine, daß wenn ich mich als Vertreter der Arbeiter fühle, ich die Pflicht habe, den Antrag dankbar anzunehmen, nicht aber, die Leute, die den Antrag einbringen, zu verunglimpfen. (Sehr gut!) Es gibt ja eine große Reihe sozial denkender Männer, die nicht ermüden und nicht verärgert werden trotz einer solchen Behandlung, es gibt aber auch Leute, die wir erst an den modernen sozialen Zug gewöhnen müssen. Meine Herren Sozialdemokraten! Sie wissen, daß Sie diese Leute vor den Kopf stoßen. — Das ist eine sehr schlechte Wahrung der Arbeiterinteressen, wenn etwas Gutes für die Arbeiter gefordert wird und die Sozialdemokraten es immer übertrumpfen durch unmögliche Forderungen. Dadurch erwecken Sie das Gefühl, als wenn die Arbeiter doch nicht zufriedengestellt werden könnten. Das schädigt die Interessen der Arbeiter, die Sie zu vertreten vorgeben. Ich bitte, den Antrag Rauch rundweg abzulehnen.

Herr Leymann: Ich habe vorausgesehen, daß die Sozialdemokraten den Antrag ausnützen würden, bisher haben sie das immer gemacht. Aus seiner eigenen Haut kann ein Sozialdemokrat nicht heraus, das liegt fest. Dann sagt man: Ja, wir haben schon vor drei Monaten den Antrag eingebracht. Vor drei Monaten war noch gar keine Arbeitslosigkeit! (Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wissen Sie es besser? Vor drei Monaten, die Versicherung gebe ich Ihnen, waren Arbeiter und Gesellen gar nicht genügend zu haben, da war keine Arbeitslosigkeit. Dann wirft man den Behörden vor: Warum kommen Sie nicht von selber damit? Die Behörden vergleiche ich mit einem größeren Baugeschäft, eine Behörde baut ihre Bauten ebenso wie ein Baugeschäft nicht eher, als sie es nötig hat; würden sie eher damit kommen, so hätte man ein Recht zu sagen: Ihr habt Bauten ausgeführt, die nicht nötig sind. Sich dem Vorwurfe auszusetzen, kann die Behörde nicht, sie kann nur Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft ausführen.

Dann sagte Herr Rauch weiter wegen meiner, daß ich ein Interesse an dem Antrage hätte, da ich auch Bauten für den Staat auszuführen hätte. Ich darf als Mitglied der Baudeputation keine Arbeiten für den Staat ausführen, und aus diesem Grunde ist ja auch Herr Brasch aus der Baudeputation ausgetreten, weil er für den Staat arbeitet.

Wer, meine Herren, könnte im Erwerbsleben besser die Arbeitslosigkeit übersehen, als derjenige, der mitten im Gewerbe drin steht? Und derjenige, der mitten drin steht, hat die Pflicht, in der Bürgerschaft seine Ansicht in einem Antrage zum Ausdruck zu bringen. (Sehr richtig!) Wer das nicht übersehen kann, kann mit solchem Antrage nicht kommen, er würde damit unter den Tisch fallen.

Herr Rauch hat sich außerordentlich darüber aufgeregt, daß ausländische Arbeiter hierher kommen. Auswärtige Arbeiter werden hier nur beim Schleusenbau beschäftigt, sonst nirgends. Und wer ist schuld daran, daß dort auswärtige Arbeiter beschäftigt werden? Unsere hiesigen Arbeiter sind schuld daran, daß beim Schleusenbau auswärtige Arbeiter beschäftigt werden, weil sie in der ersten Zeit, wie der Schleusenbau anfing, sich renitent benahmen. Der Unternehmer sagte: Ich kann mit den bremischen Arbeitern nicht weiter-

kommen. Der Wasserbau muß aber doch gefördert werden, wenn es Zeit dafür ist und nicht, wenn es den Herren Arbeitern paßt. Ein Arbeiter hat sich z. B. geweigert, die Säge in die Hand zu nehmen und etwas von einem Pfahl abzuschneiden, er sagte, das wäre Zimmermannsarbeit. So renitent sind die Leute gewesen. Sollte der Unternehmer sich das bieten lassen? Sollte er darum die ganze Arbeit still liegen lassen? Nein, er nimmt die Arbeiter, wo er sie kriegen kann, und läßt sie arbeiten, wo sichs gehört.

Herr Rauch hat sich dann über die Ueberstunden außerordentlich aufgeregt, die bei den Wasserarbeiten gemacht werden. Weiß er denn nicht, daß die Arbeiten gemacht werden müssen, wenn das Wasser niedrig ist? Wenn die Zeit ist, müssen Ueberstunden gemacht werden, denn wenn das Wasser wieder da ist, nützt es nichts, dann können nur Taucher arbeiten, nicht gewöhnliche Arbeiter.

Dann sagte Herr Rauch, bei unserem Antrag kämen doch nicht alle Arbeiter in Frage, an der Oelfabrik und an der Aktiengesellschaft „Weser" sei auch der Betrieb eingestellt und für diese Arbeiter sollte nach dem Antrage nichts getan werden. Ja, aber der Staat kann keine Oelfabrik bauen, um diese Arbeiter zu beschäftigen, er kann auch keine Kriegsschiffe bauen lassen, Bremen ist nicht so reich, daß es sich Kriegsschiffe leisten könnte. (Heiterkeit.) Das ist auch nicht erforderlich. Wenn die Arbeiter der Oelfabrik und der Aktiengesellschaft „Weser" es nötig haben, sich Arbeit zu suchen, so können sie auch im Baugewerbe anfragen, ob sie nicht Verdienst erhalten können, es schadet ihnen nicht, wenn sie als Bauarbeiter verdienen.

Dann hat Herr Rauch den Antrag gestellt, für die Arbeitslosen 50 000 ℳ zu bewilligen. Das ist eine schwierige Sache. Wer kann uns beweisen, wer eine Unterstützung nötig hat? Sollen wir die Unterstützung geben auf den bloßen Glauben hin, wenn der Betreffende sagt: Ich habe keine Arbeit!? Wenn wir soweit gehen und schon dann Unterstützung geben wollen, dann können wir uns nur bei kleinem bankerott erklären. Ebenso ist es mit der Arbeitslosenversicherung, die ist ein totgeborenes Kind. Wer soll denn feststellen, der und der ist arbeitslos? Wollten wir dafür Geld hergeben, würden wir bald sehen, wo es bleibt.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Rednerliste: Herren Henke, Rauch, Rhein und Imwolde.

Ueber den Schluß:

Herr Henke: Ich bitte, den Schluß nicht zu belieben. Die Frage, die angeschnitten ist, ist eine sehr wichtige Frage, darin stimmen wir mit Herrn Leymann und den andern bürgerlichen Herren überein. Wenn sie aber wichtig ist, dann sollten wir sie nicht so kurzer Hand behandeln. Wir haben andere Fragen, die nicht von so großer, sozialer Bedeutung sind, gründlicher behandelt. Auf unsere Verhandlung blicken Hunderte von Arbeitern und kleinen Geschäftsleuten, die darunter zu leiden haben. Wir sollten diesen Herren zuliebe diese Frage ausführlich behandeln. Ich habe mancherlei gegen Herrn Leymann und Herrn Achelis auszuführen. Ich möchte auf die nähere Begründung des Antrags von Herrn Rauch eingehen. Ich habe dazu noch etwas zu sagen. Wenn Sie den Schlußantrag annehmen würden, dann müssen wir das dahin deuten, daß die Situation für Sie sehr ungünstig geworden ist.

Zur Aufklärung des Tatsächlichen:

Herr Rauch: Herr Leymann hat eben gesagt: „Wie sollte es wohl ausgeführt werden, daß die Arbeitslosen, die nicht im Baugewerbe Beschäftigung finden, von den 50 000 ℳ Unterstützung erhalten?" Ich frage: Wie wird das denn jetzt gehalten? Es wird sich ein Weg finden lassen, festzustellen, wer unterstützungsbedürftig ist. Ich denke, wenn jemand mehrere Tage oder Wochen ohne Arbeit ist, daß er dann unterstützungsberechtigt ist — — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Rauch, das geht über den Rahmen einer tatsächlichen Aufklärung hinaus.

Herr Rauch: Ich wollte darauf hinweisen, daß es sehr leicht möglich ist, herauszufinden, wer unterstützungsbedürftig ist.

Herr Henke, zur Aufklärung der Tatsachen: Die Sache ist sehr einfach. Wir haben zur Untersuchung der unverschuldeten Armen unsere Armenbehörde. Wir hätten nichts dagegen, wenn diese ihre Tätigkeit dahin ausdehnte, zu untersuchen, wer Unterstützung verdient. Wir haben Kautelen geschaffen, daß eine solche Unterstützung keine politische Entrechtung nach sich ziehen soll. Wer das verstehen will, der wird es verstehen können.

Der Antrag auf Schluß wird angenommen.

Das Amendement Rauch wird abgelehnt.

Der Antrag Leymann wird einstimmig angenommen.

Herr Leymann: Nachdem Sie so freundlich waren, den Antrag einstimmig anzunehmen, bitte ich, in der Tagesordnung folgende Aenderungen vorzunehmen, daß wir nun den Neubau der Schule in der westlichen Vorstadt genehmigen, den Erweiterungsbau der Schweineschlachthalle auf dem Schlachthofe und den Neubau einer unentgeltlichen Schule in der Vorstadt Hastedt. (Zuruf: Das geht noch nicht!)

Präsident: Wenn Sie einverstanden sind, dann bin ich bereit, die ersten beiden Gegenstände zur Debatte zu stellen. Dann bitte ich aber, daß Sie nicht so früh fortgehen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 1908:

4. Neubau einer Volksschule in der westlichen Vorstadt an der Nordstraße.

Herr Eduard Achelis: Herr Präsident! Meine Herren! Die Baudeputation ist in der Lage, Ihnen die Pläne und Kostenanschläge für die Schule an der Nordstraße vorzulegen. Der Bericht über den Bau bietet nichts Außergewöhnliches und schließt sich dem Bericht über die übrigen Schulen im wesentlichen an. Eine nähere Begründung der Anträge der Baudeputation ist meinerseits nicht notwendig. Ich möchte hinweisen auf die von der Baudeputation gewünschte Ausschmückung der Schule mit Wandfliesen. Ich bedaure, daß die Schuldeputation aus Sparsamkeitsrücksichten diese 5000 ℳ wieder gestrichen hat. Die Baudeputation glaubte damit in baulicher und hygienischer Beziehung etwas Gutes zu schaffen, weil durch den Wandfliesenbelag die fortwährenden Reparaturen wegfallen und in hygienischer Beziehung, weil durch Abstoßen des Putzes die Wände beschädigt werden und durch Abwischen des Fliesenbelags eine bessere Reinigung geschaffen werden kann. Da aber die Schuldeputation es abgelehnt hat, so besteht die Baudeputation nicht darauf.

Herr Schrage: Im März dieses Jahres hat die Bürgerschaft beschlossen, daß bei der nächsten Vorlage zwei Projekte vorgelegt werden sollten, worin zwei Kostenanschläge enthalten sind, einen für einen Rohbau und einen für einen Bau, dessen Fassade verputzt ist. Die Bürgerschaft wollte daraus entnehmen, wie sich das eine gegen das andere stellt und was vorzuziehen sei. Die Baudeputation hat das bei der jetzigen Vorlage nicht beachtet. Es wäre an der Zeit gewesen, diese zwei Projekte vorzulegen oder zu sagen, weshalb sie das nicht getan hat. Dem Buchstaben nach hätte die Baukommission nun sagen müssen: wir können nun nichts anfangen. Aber die Baukommission hat sich gesagt, es sei im Interesse, hier nicht nach dem Buchstaben zu gehen, denn einmal sind viele Kinder für diese Schule da, und dann wegen der Notlage im Baugewerbe. Das sind die Gründe, weshalb sie glaubt, rasch vorgehen zu sollen. Dann hat die Baukommission sich erkundigt, wie viel billiger wir mit einem Rohbau wegkommen würden und hat gehört, daß es sich nur um eine Ersparnis von 13 000 ℳ handelt. Wenn Sie nun die vielen Reparaturen berücksichtigen, die bei einem Putzbau vorkommen, da werden Sie begreifen, daß wir uns entschlossen haben, in diesem Falle die heutige Vorlage zu empfehlen, die einen Rohbau vorsieht. Betreffs der Kosten hat die Baukommission nichts zu erwähnen, und was die Fliesen anlangt, so meint die Baukommission, die 5000 ℳ könnten gespart werden, denn ein gehöriger Oelanstrich würde dasselbe tun. Denn wenn er richtig ausgeführt wird, dann ist er abwaschbar und kann rein gehalten werden wie Fliesen, die immerhin von den Kindern zerschlagen werden könnten. Die Baukommission gibt aber der Bürgerschaft anheim, ob sie darin eine Aenderung treffen will. Im übrigen ist sie einverstanden.

Herr Groninger: Auch ich habe mit Bedauern bemerkt, daß die Schuldeputation auf den Fliesenbelag verzichtet hat, namentlich in den Baderäumen. Wir haben von seiten der Budgetkommission häufig Gelegenheit gehabt, den Zustand der Schulen zu prüfen, und ich meine, man sollte, wo Duschenbäder sind, in diese Fliesen hineinlegen. Die Baderäume sind sonst jedes Jahr schlecht und müssen neu angestrichen werden. Ich halte das im Interesse der Finanzen für unbedingt vorteilhaft, wenn derartige Duschenräume mit Fliesen belegt werden. Ich will hinzufügen, daß ich es für die Korridore nicht für notwendig halte, da werden die Flächen nicht so leicht lädiert. Ich bin überzeugt, daß auch die übrigen Herren der Budgetkommission den Wandbelag in den Korridoren nicht für nötig halten, aber in den Baderäumen ist er erforderlich. Wir haben beim vorigen Budget den Antrag gestellt, solchen Belag neu einzurichten. Der Antrag war von der Baudeputation gestellt und von der Bürgerschaft genehmigt und wurde noch nicht ausgeführt. Ich möchte das Amendement stellen:

> Der Antrag der Baudeputation wird dahin geändert, daß statt der Worte: „mit dieser Aenderung zu genehmigen“ gesagt wird: mit der Aenderung zu genehmigen, daß in den Korridoren auf eine Fliesenbekleidung verzichtet wird, daß aber die Wände der Baderäume in Höhe von 1,25 m mit Wandfliesen bekleidet werden.

In dieser Höhe sind sie in der Schule voriges Jahr bekleidet, und das ist genügend. Ich bitte, das Amendement anzunehmen.

Herr Feuß: Ich möchte bitten, dieses Amendement von Herrn Groninger anzunehmen. Ich kann nur empfehlen, die Baderäume in der Weise auszustatten, wie Herr Groninger vorgeschlagen hat. Das ist keine Verschwendung von Staatsmitteln, sondern im Gegenteil eine Ersparnis. Die fortwährende Dampfentwicklung in den Baderäumen zerstört immer wieder die Farbe. Wenn wir Fliesen anbringen, haben wir etwas Dauerndes geschaffen und sparen die bedeutenden Mittel für Reparaturen. Auf den Korridoren halte ich den Fliesenbelag nicht für unbedingt erforderlich, obgleich ich die Ausführungen von Herrn Achelis unterstütze, daß in hygienischer Beziehung dadurch ein großer Fortschritt herbeigeführt würde. Doch können wir vorläufig hier auf den Fliesenbelag verzichten.

Herr Hachmeister: Unter den Mitgliedern der Schuldeputation besteht keine Meinungsverschiedenheit

darüber, daß es wünschenswert ist, die Wände der Korridore und der Badezimmer mit Fliesen zu belegen. Die Schuldeputation hält das aber nur für wünschenswert, und solange andere notwendige Forderungen, beispielsweise die Einrichtung eines Physiksaales, die Ausstattung der Schulen mit Bilderschmuck, die Einrichtung von Lehrer- und Schülerbibliotheken, noch nicht erfüllt sind, ist die Schuldeputation der Meinung, daß die Forderung betreffend der Fliesen zurückzustellen ist. Will aber die Bürgerschaft beschließen, daß der Fliesenbelag doch ausgeführt werden soll, so werden die Mitglieder der Schuldeputation darüber nur erfreut sein.

Herr Schütte: Für die Schuldeputation kann ich erklären, daß sie nur aus Sparsamkeitsrücksichten den Beschluß gefaßt hat, die Fliesen abzulehnen, wenn aber ein Sachverständiger wie Herr Feuß sich dafür ausspricht und ein Sparsamkeitsvertreter wie Herr Groninger (Heiterkeit) selbst den Antrag auf Bewilligung der Fliesen stellt, so hat die Schuldeputation nichts dagegen zu erinnern.

Der Antrag der Schuldeputation wird mit dem Amendement Groninger angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 1908:

5. Erweiterungsbau der Schweineschlachthalle auf dem Schlachthof.

Herr Will: Die Notwendigkeit dieses Erweiterungsbaues der Schweineschlachthalle hat die Deputation für den Schlachthof bereits früher begründet und sie ist von der Bürgerschaft anerkannt worden durch die Bewilligung von zwei vorläufigen Raten. Die heutige Forderung von 444 000 ℳ stellt den Schluß der Bausumme dar. In betreff der technischen Einzelheiten brauche ich weiter kein Wort zu verlieren, sie sind der Bürgerschaft ausführlich dargelegt. Ich möchte nur bitten, die 444 000 ℳ zu bewilligen, indem ich mir erlaube, noch darauf hinzuweisen, daß mit dem Abstrich von 28 000 ℳ, den die Baudeputation wünscht, die Schlachthofdeputation sich einverstanden erklärt.

Herr Schrage für die Baukommission: Obgleich die Preise für Holz, Eisen und Steine jetzt im Rückgang begriffen scheinen und die Positionen für diese Bauten reichlich hoch gegriffen sind, hat die Baukommission doch keinen Anlaß, da Abstriche vorzunehmen. Anders aber ist es mit dem Posten „Insgemein und Unvorhergesehenes“. Daß nun in den verschiedenen Titeln, zusammen 13, bei jedem Titel schon für Unvorhergesehenes ein Betrag ausgeworfen ist und außerdem bei der Zusammenstellung ein Betrag von 13 000 ℳ für Bauleitung und Unvorhergesehenes, im ganzen etwa 20 000 ℳ vorgesehen sind, erscheint der Baukommission zu viel in Anbetracht der im übrigen reichlich dotierten Positionen. Sie ist darum zu dem Entschluß gekommen, 4000 ℳ von der Summe für Insgesamt zu streichen und somit den Gesamtbetrag auf 440 000 ℳ herunterzusetzen. Die Baukommission stellt folgendes Amendement:

> Die Bürgerschaft erachtet die bei Zusammenstellung der Titel angesetzte Summe für Bauleitung und Unvorhergesehenes um 4000 ℳ zu hoch, zumal bei den einzelnen Titeln, welche selbstverständlich nicht übertragbar sein dürfen, auch schon für Unvorhergesehenes Beträge angesetzt sind, und bewilligt die Kosten nur bis zur Höhe von 440 000 ℳ nach Maßgabe, wie die Submissionen ergeben werden.

Im übrigen hat sie nichts zu erwähnen.

Herr Will: Nachdem die Baudeputation schon 28 000 ℳ für die Spundwand abgestrichen hat, wird die Schlachthofdeputation auch über die 4000 ℳ hinwegkommen, die die Baukommission zu streichen beantragt. (Heiterkeit.)

Der Antrag der Behörde wird mit dem Amendement der Baukommission angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 1908:

2. Neubau des Kanals in der Industriestraße.

Herr Schierenbeck: Es ist erfreulich, daß die Straßenbaudeputation endlich den Kanal für die Industriestraße empfiehlt. Aber das ist schon in verschiedenen Jahren geschehen, der Kanal ist leider jedesmal durch die Budgetkommission gestrichen worden. Ich möchte bitten, daß das im nächsten Jahre nicht wieder geschieht, denn der Kanal ist unbedingt notwendig. Es ist an der Straße eine neue Fabrik gebaut, die Stuhlrohrfabrik, auch die Talgschmelze wird dort errichtet, und wenn diese Fabriken nicht an den Kanal anschließen können, da der Kanal das Wasser nicht schlucken kann, werden die Abwässer wieder dem Hakenburgersee zugeführt werden. Das ist aber nicht zu empfehlen, weil über den versumpften See ohnehin schon Klagen genug geführt werden.

Präsident: Anträge sind nicht gestellt, wir zeigen den Eingang des Berichts dankend an.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 1908:

1. Anstellung eines dritten Syndikus der Handelskammer.

Herr Dr. Quidde: Die Juristische Kommission macht darauf aufmerksam, daß es heißen muß statt

„Gesetz, betreffend die Handelskammer" „Gesetz, die Handelskammer betreffend" (Heiterkeit), sowohl in der Ueberschrift als im Texte.

Antrag 1 wird angenommen.

Der Gesetzentwurf wird mit der von der Juristischen Kommission beantragten Aenderung angenommen.

2. Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

3. Ankauf von zwei Grundstücken am Peterswerder.

Herr Dr. Quidde: Die Juristische Kommission macht darauf aufmerksam, daß am Eingang der beiden Kaufverträge das Wort „ist" in Zeile 4 zu streichen und dafür in Zeile 3 vor dem Worte „vorbehältlich" einzuschalten ist.

Herr Lampe: Herr Präsident! Meine Herren! Ich kann den Antrag nur unterstützen, möchte aber dagegen sein, obgleich ich an und für sich nicht gegen Spielplätze bin, daß der Platz an der Hemelingerstraße als Spielplatz für kleine Kinder eingerichtet wird. In der Nähe ist dieser Spielplatz am Peterswerder; der Platz an der Hemelingerstraße soll aber kein Spielplatz, sondern ein Schmuckplatz sein, denn wenn ein Platz ein Spielplatz ist, bleibt er kein Schmuckplatz. Die Walldeputation hat mit den Arbeiten noch nicht begonnen, trotzdem im Frühjahr beschlossen ist, Anpflanzungen zu machen. Solange Herr Schütte für den Platz zu sorgen hatte, war es einigermaßen, aber solange die Walldeputation — — —

Präsident: Wollen Sie sich nicht kürzer fassen, was Sie vortragen, hat doch mit der Vorlage eigentlich nichts zu tun.

Herr Lampe: Der Platz am Peterswerder liegt ganz in der Nähe. Ich bin aber fertig.

Der Antrag wird angenommen.

5. Ankauf des Grundstücks Häfen Nr. 63.

Herr Hesemeyer: Ich glaube, daß in der Bürgerschaft niemand gegen den Ankauf ist. Ich freue mich, daß es so schnell mit der Regulierung vor sich gehen soll, möchte aber die Deputation bitten, sich auch einmal der Schillerstraße zu erbarmen.

Herr Dr. Quidde: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird angenommen.

6. St. Paulischule.

Herr Schierenbeck: Herr Präsident! Meine Herren! Wenn demnächst die Schule eingeht, werden diejenigen Kinder, die in der Stadt wohnen, in anderen Volksschulen untergebracht werden müssen. Wie wird es aber mit den Schülern aus dem Landgebiet? Eine Reihe von Eltern aus dem Landgebiet schickt ihre Kinder nach der Paulischule, so besonders von der Habenhausener Landstraße. Diese Kinder können aber nicht ohne weiteres in städtische Schulen angenommen werden, der betreffende Gemeindevorsteher und unsere Schulbehörde müssen erst ihre Einwilligung dazu geben. Diese Kinder müssen eigentlich nach der Schule in Habenhausen geschickt werden. Das ist ein Weg von einer halben Stunde und mehr, und ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß es den Eltern ausnahmsweise gestattet wird, ihre Kinder entweder in die näher gelegene unentgeltliche Schule am Buntentorssteinweg oder in die entgeltliche Schule am Geschworenenweg zu schicken.

Herr Schütte: Die Bürgerschaft kann natürlich auf diese Frage nicht weiter eingehen. Wir müssen es der Behörde überlassen; sie wird schon dafür sorgen, daß diese Kinder in genügender Weise untergebracht werden.

Herr Imwolde: Wir begrüßen den Beschluß, daß die St. Pauligemeindeschule aufgehoben und die Kinder dieser Schule anderen Volksschulen zugeführt werden sollen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit der Schuldeputation anheimgeben, dahin zu wirken, daß auch die anderen paar Gemeindeschulen, die wir noch haben, auch den Volksschulen zugeteilt werden möchten. Für die Gemeindeschulen werden 66 266.93 ℳ ausgegeben, und sie haben nur wenige Klassen. Außerdem erhält die Johannisschule einen Staatszuschuß von 43 000 ℳ jährlich. Im Interesse einer einheitlichen Volksschule ist es notwendig, daß diese Gemeindeschulen verschwinden. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, ob es nicht möglich ist, dahin zu wirken, daß die Waisenhausschulen auch mit den Volksschulen vereinigt werden. Ich will von dem Unterricht in den Waisenhausschulen nicht reden, er mag sehr gut sein, aber es ist doch ein einseitiger Unterricht, und wer ein Kind aus dem Waisenhause in die Lehre bekommt, wird finden, daß das Kind, wenn auch nicht beschränkt ist, daß aber für das Kind das zutrifft, was neulich bei der Beratung über die Realschulen zur Sprache gekommen ist, daß die Volksschüler nicht den Mut haben, innerhalb einer Klasse aufzutreten. So ist es auch bei den Waisenhausschülern, weil der Unterricht einseitig ist und sie mit anderen Kindern nicht in Berührung kommen. Sollte sich das in der Stadt Bremen nicht vermeiden lassen? Die Lehrer der Waisenschulen — es handelt sich um drei Lehrer an jeder Anstalt — können sehr gut in andere Lehr-

körper aufgenommen werden und die Kinder den Volksschulen einverleibt werden. Ich möchte die Schuldeputation ersuchen, sich über die Sache im nächsten Bericht zu äußern.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 1908:

Präsident: Nr. VII 4 der Tagesordnung kann heute nicht verhandelt werden.

6. Verkauf eines Landstreifens am Holz- und Fabrikenhafen.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

7. Realschule in der Neustadt.

Herr Schütte: Die Schule soll am 1. April eröffnet werden, deshalb ist es hohe Zeit, eine Umschau betreffs der Lehrer zu halten.

Herr Garves: Ich habe eine Anfrage an den Herrn Rechnungsführer zu stellen, ob es nicht unpraktisch ist, in dieser neuen Anstalt nur vier Klassen zu lassen. Einmal hat der Herr Direktor eine sehr bequeme Arbeit, während der Direktor in der Sögestraße kolossal mit Arbeit überhäuft ist. Da sind 19 Klassen, und die ordnungsmäßige Zahl würden 13 Klassen sein. Die sechs doppelten Klassen für den Jahrgang und eine Oberprima, das sind 13 Klassen. Nun liegen keine Bedenken vor. In der Sögestraße sind vier Klassen, die oberhalb der Turnhalle untergebracht sind; die leiden sehr unter dem ruhestörenden Lärm, wenn unten geturnt wird. Es ist meiner Ansicht nach falsch, die schönen Räume in der Realschule in der Neustadt leer stehen zu lassen und in der Sögestraße unter solch unglücklichen Verhältnissen zu arbeiten. Anstatt eine Klasse hinzuschieben, müßte man zu dem Entschluß kommen, mehrere Klassen nach der Neustadt zu schieben. Da könnte gesagt werden, daß es der Wunsch der Eltern sei, daß die Kinder nicht so weite Wege zu machen haben. Dann sage ich: Schiebt man eine Klasse hinüber, dann schiebt man auch solche Schüler hinüber, die einen weiten Schulweg haben. Warum will man den neuen Direktor nicht etwas mehr mit Arbeit belasten, daß er statt vier acht Klassen bekommt, so daß die Sögestraße, statt jetzt 19 Klassen, 15 haben würde. Das würde logisch richtig sein.

Herr Direktor Professor Dr. Hergt: Herr Garves hat recht, daß ein Uebelstand darin besteht, daß die Realschule in der Altstadt eine zu große Anzahl von Klassen hat. Dem läßt sich aber nicht einfach durch Abschiebung ganzer Klassen abhelfen, wie Herr Garves meint, weil die Wohnungsverhältnisse der Schüler berücksichtigt werden müssen. Nach dem Vorschlag der Deputation soll die Realschule in der Neustadt mit vier Klassen eröffnet werden, gebildet aus Neustädtern der Realschulen am Doventor und in der Sögestraße, die der neuen Anstalt zugewiesen werden sollen. Weitere ganze Klassen dahin abzuschieben, würde für viele Schüler große Unbequemlichkeiten durch zu weite Schulwege herbeiführen. Es fragt sich, ob es von Vorteil ist, noch höhere Klassen, als vorgesehen, durch bloße Abschiebung von Schülern zu bilden. Eine nähere Prüfung zeigt, daß bei diesem Verfahren dem Staate nur unnütze Kosten erwachsen würden, weil hierdurch in der Neustadt nur schwach besetzte Klassen entstehen würden ohne Verminderung der Klassenzahl in den anderen Realschulen. Nur auf einer Klassenstufe läßt sich in dieser Beziehung noch etwas erreichen, und ich glaube verraten zu dürfen, daß voraussichtlich die Schuldeputation demnächst mit dem Antrag kommen wird auf Bildung auch einer Tertia in der Realschule in der Neustadt. Es ist dies durch etwas künstliche Schiebungen innerhalb unserer bestehenden Realschulen möglich. Hierdurch erfährt die Realschule beim Doventor eine Entlastung, die sonst am 1. April eine Klasse ausquartieren müßte, wofür in der Nähe schwer ein geeigneter Raum zu finden ist. Für heute empfehle ich im Interesse der neuen Anstalt die Annahme des Antrages so, wie er uns vorliegt, das Weitere wird sich wahrscheinlich in Kürze finden.

Der Antrag der Schuldeputation wird angenommen.

8. Jahresbericht der Deputation für die Unterweserkorrektion für 1907.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Präsident: Dann zeigen wir den Empfang des Berichts dankend an.

9. Jahresberichte in betreff des Schulwesens.

Herr Lampe: Ich bin sehr erfreut, daß der Ausfall der Prüfungen im Seminar besser geworden ist. Im vorigen Jahre sind zwei Fünftel der Prüflinge durchgefallen, in diesem Jahre ein Fünftel. Es ist auch zu konstatieren, daß sich mehr Schüler für die Aufnahme im Seminar gemeldet haben. Ich glaube, daß das in natürliche Verbindung zu bringen ist, denn ein Vater, der für seinen Sohn solche Aussichten sieht, der wird nicht so leicht geneigt sein, ihn ein solches Metier ergreifen zu lassen. Das ist besser geworden, und ich freue mich darüber.

Herr Donath: Wir haben alle Jahre darauf hingewiesen, daß die Frequenz der Volksschulklassen in Bremen zu hoch ist. Wir haben die Genugtuung, daß unser Drängen etwas Erfolg gehabt hat. Die Kinder-

zahl ist in diesem letzten Jahre durchschnittlich auf 47,6 in den Volksschulklassen zurückgegangen, während sie im Vorjahre 54 betrug. Das ist immerhin noch kein idealer Zustand, geschweige, daß er allen pädagogischen und anderen in Betracht kommenden Gesichtspunkten entspricht. Wir sehen aus dem Berichte — ich will nur einzelne Schulen herausgreifen —, daß in der Elisabeth- und in der Lessingstraße Klassen mit weit über 50 Kindern vorhanden sind, in der Elisabethstraße mit 56 Kindern. In einer Klasse an der Kleinen Allee sind 58 Schülerinnen. In manchen Klassen sind sogar weit über 60 Schulkinder. Wenn man bedenkt, daß in Norwegen der Grundsatz aufgestellt ist, daß nur 30 Schüler in einer Klasse sein dürfen, werden Sie zugeben, daß in Bremen noch viel zu leisten ist, bis dieser Zustand erreicht ist. Das liegt daran, daß wir mit den Schulbauten nicht zeitig genug anfangen. Wir haben ein Beispiel an der Schule an der Nordstraße. Darüber ist schon im November v. J. diskutiert; heute, nach einem Jahre, hat die Bürgerschaft das Projekt genehmigt. Wenn nicht flinker vorgegangen wird, wenn die Schuldeputation nicht vorsorgt, daß sie früh genug mit Anträgen an die Bürgerschaft herankommt, dann wird Bremen im Volksschulwesen nicht, wie man gern, aber unrichtigerweise behaupten hört, weit voraus vor andern Staaten Deutschlands sein. Es kommt weiter noch in Betracht, daß sich die Lehrer desto weniger mit den einzelnen Schülern abgeben können, je mehr Schüler sie zu unterrichten haben. — Ein Passus im Berichte gibt an, daß unter den Lehrpersonen viele einen längeren Urlaub krankheitshalber bekommen mußten. Es ist nicht nachzuweisen, daß das Kranksein durch Ueberanstrengung in der Schule veranlaßt ist, aber es ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß dadurch eine Ueberanstrengung der Lehrer eingetreten ist, daß der einzelne zuviel Kinder zu unterrichten hat, wodurch ungünstig auf den Gesundheitszustand des Lehrers eingewirkt wurde. Es sind verschiedene Schulbauten im Gange, und der Bericht gibt an, daß sie Ostern fertiggestellt sein würden. Ich gebe mich auch dieser Erwartung hin, namentlich da vorhin der Antrag angenommen ist, daß die Bauten schneller gefördert werden sollen; aber mit der Schule an der Erlenstraße z. B. ist man noch soweit zurück, daß ich befürchte, die Erwartung der Schuldeputation wird nicht in Erfüllung gehen und die Schule zu Ostern nicht fertiggestellt sein. Zum Teil noch ungünstiger als in den städtischen ist es in den Landschulen bestellt, wenn auch die durchschnittliche Frequenzziffer hier niedriger ist als dort. Es sind im Landgebiet Schulklassen vorhanden, die von 63 und 62 Kindern besucht werden. Das Landschulwesen muß verstaatlicht werden. Wir werden fortgesetzt diese Forderung aufstellen. Gefreut habe ich mich, daß der Bericht ausführt, daß in den oberen Mädchenschulklassen Kochkurse eingerichtet werden sollen. Es wäre überhaupt zu wünschen, daß der Handarbeitsunterricht noch mehr als bisher gepflegt würde, Zeit wäre genug vorhanden, wenn man sich von dem Standpunkte losmachen würde, daß der Religionsunterricht in die Schule gehöre. Er gehört nicht dorthin. Wenn man ihn aus der Schule herausnähme, wie das auch die große Mehrheit der bremischen Lehrer wünscht, dann könnte man noch mehr Zeit für praktische Lehrfächer finden. Zwangsunterricht in Religion ist nicht gerechtfertigt; was die Kinder da lernen, glauben sie vielfach nicht, und es wird ihnen von vielen Eltern auch wieder ausgetrieben. (Zuruf: Schlimm genug!) Ich habe im Berichte die Anregung, die von Herrn Waigand der Schuldeputation im vorigen Jahre gegeben ist, mit keinem Worte erwähnt gefunden, daß auch in Bremen Schülerinnen ins Gymnasium aufgenommen werden sollten. Sogar Oldenburg öffnet Schülerinnen die Pforten des Gymnasiums. Gerade im gegenwärtigen Moment geht eine Notiz durch die Zeitungen, daß in Altona ein Fräulein Dr. jur. vor dem Jugendgericht plädiert hat, und daß durch ihr geschicktes Eingreifen manche Strafen bedeutend milder als beantragt ausgefallen sind. Es ist bedauerlich, daß in Bremen das Gymnasium für Schülerinnen verschlossen gehalten wird. Weiter hat im vorigen Jahre Herr Waigand angeregt, den Schwimmunterricht in den Volksschulen einzuführen. Solche Wünsche ignoriert die Schuldeputation vollständig; im Bericht ist nur vom Schwimmunterricht in den höheren Schulen die Rede. Die Schuldeputation sollte den aus der Mitte der Bürgerschaft kommenden Anregungen näher treten und ihre Ansicht dazu äußern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Anträge sind in dem Bericht nicht enthalten; wir zeigen den Empfang dankend an.

Nr. IV der Tagesordnung:

Antrag, betreffend Besteuerung des Gewinns beim Verkauf von Grundstücken.

(Sten. Ber. S. 576.)

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Steuerdeputation mit der Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu beauftragen, der es ermöglicht, auswärtige Besitzer von bremischen Grundstücken und bremische Besitzer, die beim Verkauf eines Grundstücks ihren Wohnsitz aus dem bremischen Staatsgebiet verlegen, mit dem erzielten Verkaufsgewinn zur Besteuerung heranzuziehen.

Herr Kunoth: Herr Präsident! Meine Herren! Ich kann mich sehr kurz fassen. Die Begründung des Antrages liegt in allgemein bekannten Fällen aus den letzten Jahren. Nach dem Reichssteuergesetz kann die Einkommensteuer nur einmal erhoben werden, wir können also Leute von auswärts, die hier Grund und Boden besitzen und bei dem Verkauf desselben einen Gewinn

erzielen, für diesen Gewinn nicht heranziehen, da sie dafür herangezogen werden an dem Orte, wo sie wohnen, wir können von ihnen nicht die Steuer erhalten, die uns mit Fug und Recht zukommen müßte. Ebensowenig können wir diejenigen Leute, die in Bremen wohnen, aber, nachdem sie einen Gewinn durch den Verkauf von Grund und Boden gehabt haben, wegziehen, besteuern. Es werden mir da verschiedene Namen zugerufen. (Nur einer!) Mir sind mehrere Fälle bekannt, wo wir um die Besteuerung gekommen sind. Ich nehme an, daß die Leute nicht weggezogen sind, um der Steuer zu entgehen, nein, sie hätten sehr gern gesteuert. Es wird gesagt, der eine sei weggezogen, weil ihm das Weserleitungswasser nicht mehr geschmeckt hat, der andere konnte die Nässe hier nicht vertragen, wieder ein anderer sagte, er könnte es nicht ansehen, daß der Teichmannsbrunnen mit dem Merkur, der nichts an hätte, noch immer auf dem Domshof steht. (Heiterkeit.) Nein, der Steuer wegen sind alle diese Leute nicht weggezogen, es wäre ihnen eine seelische Freude, wenn sie diese Steuer bezahlen könnten. Ich bin überzeugt, sie würden es uns herzlich danken, wenn wir ihnen die Gelegenheit verschaffen wollten. Mir ist es aber nicht bekannt, daß ein Weg dazu möglich ist. Darum sollten wir der Steuerdeputation den Auftrag geben, einen solchen Weg zu finden. Wenn ein solches Gesetz gefunden würde, so wäre das nicht nur sehr praktisch für den Staatssäckel, wir hätten damit auch die Genugtuung, damit den Leuten, die davon betroffen werden, eine seelische Freude zu bereiten. (Heiterkeit.)

Der Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 28 Minuten.